

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Das neue Volk. Reichsausgabe. 1930-1933 1931

20 (16.5.1931)

DAS NEUE VOLK

WOCHENSCHRIFT FÜR CHRISTLICH-SOZIALE POLITIK UND KULTUR

ORGAN DER ARBEITER- UND BAUERNPARTEI.
Erscheint jeden Samstag. Bezugspreis monatlich für Deutschland 0,80 RM., f. d. Saargebiet Fr. 4,50, f. Österreich S. 1,40
ausschließlich Zustellgebühr. Postverlagsort: WÜRZBURG

Reichsausgabe

Herausgeber und Gesamtverantwortlich: VITUS HELLER,
Wzbg. Geschäftsstelle: Würzburg, Karthaus 11a, Fern-
ruf Nr. 6015. Postscheckkonten: Verlag 12329 Nürnberg.
Partei-Kasse 33058 Nürnberg. Druck: Werkbund Würzburg.

Nr. 20 / 12. JAHRGANG

SAMSTAG / 16. MAI 1931

EINZELNUMMER 20 PFG

Schatten der sozialen Revolution.

Notverordnungen zur Verstärkung der Not. Die Brüningpolitik der faschistische Schriftmacher. Ganz Deutschland ist Notgebiet. Das Volk der Arbeit hat das letzte Wort.

Seitdem die „nationale Opposition“ den Reichstag verlassen, wird von ihrer Führung um die „Legalität“ auf jeden Fall gearbeitet. Hitler und Genossen haben den Reichstag verlassen, in der Hoffnung, in der schwarz-rotten Kameradschaftsruhe würden sich Schwierigkeiten ergeben. Oder aber auch, daß die sozialdemokratisch-kommunistische Mehrheit Forderungen stellen würde, die von der Brüningregierung nicht erfüllt werden könnten und so die Koalition gesprengt würde. Doch nichts von alledem ist geschehen. Die Sozialdemokratie hat getreu ihrer historischen Verräterrolle alles bewilligt, was Brüning verlangte, hat Wehretat, Panzerkreuzer, Osthilfe, Zollerhöhungen wie den Gesamtetat geschluckt. Hat den Steuervorschlag der Kommunisten über einen Einkommenssteuerzuschlag über 20 000 Mark und über die Tantiemensteuer abgelehnt und dann wurde der gesamte Reichstag in die Ferien geschickt. Brüning aber herrscht mit Diktaturvollmacht. Und seine Politik ist die der Steuererhöhung, der Lohnsenkung und der Preissenkung. Und seine Maßnahmen sind „Notverordnungen“, die den Belagerungszustand über ganz Deutschland verhängen. Denn das Verfassungsrecht, das nie Wirklichkeit war, ist nun auch auf dem Papier aufgehoben, übrig blieb der Artikel 48. Nicht einmal mehr das Briefgeheimnis existiert für den Deutschen, die Polizei hat das „Recht und die Gewalt“.

Und was ist die Folge dieser Politik und was steht zu erwarten? Daß dieser Sommer der Diktatur die Vorbereitung für die entscheidende Auseinandersetzung zwischen dem Kapitalismus und seiner Welt und zwischen dem Volk der Arbeit wird. Denn während auf der einen Seite der Hunger und das Elend wächst, die Gemeinden unter ihrer Last zusammenbrechen, die Arbeitslosen enttäuscht von der verheißenen „Frühjahrsaison“, die nicht kam, in ihren Hütten sitzen, die Wohnungsnot, wie überhaupt das gesamte soziale Elend ein hoffnungsloses, ein krankes, in seinen Kindern tu-

berkulöses Selbstmordvolk züchtet, gibt es doch Panzerkreuzer, gibt es 8 Prozent Lohnabbau und 14 Prozent und mehr Dividende. Gibt es Brotpreiserhöhungen, Lohnabbau und Massenarbeitslosigkeit und statt Preisabbau, Preiserhöhung. Während aber das Heer der Hoffnungslosen wächst, das Volk, das nichts zu verlieren hat als seine Ketten, von der Not getrieben seinen Klassenkampf führen lernt und sich zusammenschließt, geht das Spiel im Hintergrunde unheimlich vor sich. Die Bürgerkriegsvorbereitungen werden offenbar, wenn Hitler vor der Republik und ihrer Verfassung seine Legalität beteuert. Wenn Herr Brüning, der seine Politik nach kapitalistischen Gesetzen durchführt, das „hl. Eigentum“ unangetastet läßt, den Massen die Lasten auflädt. Denn diese Krise mag vielleicht überwunden werden, um einer noch größeren Krise Platz zu machen. Dann wird die SPD, ihre Schuldigkeit getan haben und der „legal“ gewordene Hitler ist koalitionsfähig. Dann wird und braucht nicht mehr, wie im vergangenen Winter, ein Sozialdemokrat Severing (zu seiner Schande) von „schärfsten“ Mitteln gegen „revoltierende“ Volkshäufen sprechen. Dann wird die offen faschistisch gewordene Regierung im „Auftrage“ und zum Schutze des Monopolkapitals ihre „Mittel“ (lies Maschinengewehre) gegen das Volk der sozialen Revolution sprechen lassen.

Das ist der Zeitpunkt, wo aber auch die Masse der „Hoffnungslosen“ gerüstet sein muß. Wo an ihrer Seite auch alle stehen, die wissen, daß die Brüningpolitik, solange sie nicht die Eigentumsverhältnisse und die Wirtschaftsordnung umstürzen will, kein Ausweg ist. Das ist dann die Zeit, wo entschieden werden muß und wird, ob der endgültige Untergang auf lange Zeit in faschistische Barbarei oder aber der Aufstieg in die sozialistische Zukunft beginnt. Volk der Arbeit, Arbeiter und Bauern, es gibt keinen anderen Ausweg als die soziale Revolution gegen die kapitalistische Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung. Ftn.

AUS DEM INHALT:

Das System versagt — Sozialdemokraten, entscheidet Euch! — Die SPD, will noch größere Steuerbelastungen der Massen — Das Resultat der Brüning-Breitscheid-Verhandlungen — Rußland? — Du sollst Opfer sein (Fortsetzung) — Alarm für sämtliche Kommunalvertreter — Der Brotpreisskandal — Aus der Bewegung.

Steuern und Zinslasten. Der Stillstand des Baumarktes hat tausende Bauarbeiter im Spessart arbeitslos gemacht, Tausende sind außer der Krisenunterstützung. Die Gemeinden sind nicht in der Lage, diesen Menschen die nötigste Lebensmöglichkeit zu geben. Mit einem Pfund Fett und 2 Laib Brot in der Woche müssen Familien mit 4 Kindern ihr Leben fristen.

Die Kundgebung fordert:

Von der Reichsregierung sofortige Bereitstellung von mindestens 1 Million Mark für die Spessartgemeinden für die äußerste Nothilfe. Sie verlangt Inangriffnahme von Straßen-, Wege- und Bahnbauten. Sie verlangt die Durchsetzung der Elswatalregulierung. Sie verlangt die Ankerbelagerung der Bautätigkeit und fordert die Durchsetzung des Planes der Deutschen Bau- und Siedlungsgemeinschaft,*) durch den 55 000 Arbeiter sofort Beschäftigung erhalten würden. Sie verlangt durch Notverordnung der Reichsregierung die sofortige Beschlagnahme von 20 Prozent aller Bankeinlagen zur Finanzierung eines produktiven Wohnungsbauprogramms. Sie verlangt höchste Einschränkung der unproduktiven Staatsausgaben, vor allem radikale Abstreichung aller Gehälter über 1000 Mark im Monat und aller Pensionen über 500 Mark im Monat. Ganz besonders aber gewaltige Streichungen an den luxuriösen Gehältern und Aufwendungen der diplomatischen Vertreter im Ausland. Sie verlangt stärkstes Einschreiten gegen die die Wirtschaft erdrosselnden Ausbeutemächte der Kartelle und Trusts. Sie verlangt die sofortige Verstaatlichung der Banken, Enteignung der kapitalistischen Großunternehmen und des Großgrundbesitzes, und die Erstellung einer Planwirtschaft, welche dem Volke Arbeit und Brot gibt und die Produktion der deutschen Volkswirtschaft aus dem heutigen Chaos heraus zu höchstmöglicher Steigerung bringt. Sie verlangt ein Herausholen deutscher Politik aus dem westkapitalistischen Unterdrückungssystem und einen deutsch-russischen Wirtschaftsblock. Sie verlangt damit Loslösung von den Mächten des Youngplans und Versailler Vertrages, wie von den Mächten der amerikanischen, englischen, französischen Hochfinanz. Sie fordert alle Bauern und Arbeiter Deutschlands auf, die Einheitsfront zu bilden über alle Weltanschauungen, Differenzen hinweg, die alten, das Volk zersplitternden Parteischranken niederzureißen und sich in die Front der Einheit des schaffenden Volkes zu stellen. Sie fordert die Bauern und Arbeiter aller Bekenntnisse auf, die Einheitsfront in der Arbeiter- und Bauernpartei Deutschlands zu bilden, die ein Teil der Gesamteinheitsfront ist.

Die Kundgebung wurde geschlossen mit der Hoffnung auf Hilfe, jedoch in dem Bewußtsein, daß die jetzigen, bereits gezeigten Regierungsmethoden dem arbeitenden Volke nicht helfen werden noch können. Darum forderten die versammelten Arbeiter und Bauern die Leidens- und Schicksalsgenossen im ganzen Reiche auf, sich zusammenzuschließen, sich zu organisieren, und die praktische Selbsthilfe durch die Einheitsfront des arbeitenden Volkes herbeizuführen in einem sozialistischen Deutschland.

*) Wir veröffentlichen den Plan der DBS. in der nächsten Nummer des „N. V.“

Das Volk der Not demonstriert und fordert seine Rechte auf Arbeit und Brot.

Notkundgebung der Spessarter Arbeiter und Bauern.

In einer Kundgebung in Aschaffenburg am 10. Mai demonstrierten Kleinbauern und Arbeiter aus dem Spessart, einem immerwährenden deutschen Notgebiet. Unter Führung der Arbeiter- und Bauernpartei ging diese Kundgebung sachlich und ruhig vor sich. Die Berichte, die gegeben wurden, das Material, das vorgebracht wurde, gaben ein erschütterndes Bild aus einem der vielen deutschen Notgebiete. Die Behörden waren zu dieser Kundgebung eingeladen, doch die Antwort des Bayer. Bezirksamtes Aschaffenburg lautete:

„Ich bestätige Ihre Einladung zur Beteiligung an Ihrer Versammlung am 10. 5. 31 in Aschaffenburg. Eine förmliche Teilnahme an einer politischen Versammlung ist jedoch ausgeschlossen. Ich darf im übrigen darauf hinweisen, daß die erstrebten Ziele im Rahmen der Möglichkeit schon längst von Staat, Kreis, Bezirk und Gemeinden im Benehmen mit den zuständigen Behörden erfolgreich in Angriff genommen sind.“ Unterschrift.

Daß die erstrebten Ziele nicht „erfolgreich“ und auch nicht im Rahmen der „Möglichkeit“ in Angriff genommen sind, beweisen die Tausende von Arbeitslosen, bewiesen die auf der Kundgebung vorgebrachten Klagen. Deshalb entschloß sich die Kundgebung, verschiedene Telegramme an die maßgebenden Reichsstellen, sowie eine Resolution abzufassen. Telegramme sowie Resolution wurden einstimmig gefaßt. Die Telegramme lauten:

An
Herrn Reichskanzler Brüning,
Berlin,
Reichskanzler-Palais.

Arbeiter und Bauern des Spessarts von größter Not getrieben, auf großer Kundgebung in Aschaffenburg, verlangen sofortiges Eingreifen der Reichsregierung. Eine Million zur äußersten Nothilfe für Gemeinden, die zahlungsunfähig sind und Arbeitslose nicht zahlen können. Bemerks. Beschlagnahme von 20 Prozent deut-

scher Bankeinlagen für produktiven Wohnungsbau und Arbeitsbeschaffung.

Das Notkomitee: I. A.: V. Heller.

Herrn
Reichsarbeitsminister Stegerwald,
Berlin,
Reichsarbeitsministerium.

In höchster Not stehende Spessartbevölkerung, meist arbeitslose Bauarbeiter außer Krisenfürsorge, Gemeinden, unfähig, Wohlfahrtsunterstützungen zu zahlen, verlangen schleunigste Hilfe der Reichsregierung. Dringend eine Million für produktive Arbeit. Sie verlangen Durchsetzen des Planes der Deutschen Bau- und Siedlungsgemeinschaft, für Arbeit für 55 000 Bauarbeiter.

Das Notkomitee: I. A.: V. Heller.

Herrn
Ministerpräsidenten Dr. Held,
München.

Von äußerster Not getriebene große Kundgebung der Bauern und Arbeiter des Spessarts in Aschaffenburg verlangt schleunigstes Einschreiten der bayerischen Regierung bei der Reichsregierung für sofortige Hilfsmaßnahmen für den Spessart. Zunächst eine Million aus Reichsmitteln für Gemeinden, wo Ausgesteuerte nicht unterstützt werden können, zur produktiven Arbeit.

Das Notkomitee: I. A.: V. Heller

Die Resolution fordert:

Resolution.

Die in Aschaffenburg am 10. Mai versammelten Bauern und Arbeiter des Spessarts sind, von der höchsten Not getrieben, zusammengekommen, um von den verantwortlichen Stellen sofortige Hilfsmaßnahmen zu verlangen. Die Not im Spessart ist ungeheuerlich. Die Zwergbauern werden erdrückt durch schlechte Preise,

Das System versagt. Sturz des Kapitalismus ist die einzige Lösung.

Wer unsere Forderungen, wer die soziale Revolution, wer die radikale Umänderung des ganzen Systems verneint oder verächtet, wer uns als „russischen Vorposten“ und „verkappte Kommunisten“ bezeichnet, der möge doch gefälligst heute dem Volke einmal sagen, wie er sich die Entwicklung in unserem Volke, in ganz Europa und die Lösung der Fragen denkt.

Wir haben es wirklich satt, unser Volk immer wieder mit neuen Hoffnungen, daß es doch einmal besser werden könne, mit einem Märchenglauben an das „Etwas“, das einmal als Wunder kommen könnte, verträsten zu lassen, wobei wir sehen müssen, wie alles Tag für Tag weiter abwärts geht und die Machthaber heutigen Systems weder ein noch aus wissen. Wir verzichten darauf, noch ernsthaft Notiz zu nehmen von den schönen Worten Brüning's, das Volk solle Vertrauen zum „Plane“ der Reichsregierung haben. Solche Phrasen sind billig wie Brombeeren in einem Volke, das stündlich weiter tiefer sinkt! Was ist denn das für ein Plan? Bisher sieht das Volk nur „Weiterwursteln“.

Der bayrische Staatssekretär Funke hat nicht in Schwarz gemalt, als er vor wenigen Tagen sagte, es würde noch schlimmer werden, wir würden noch schlimmere Monate erleben. Und wenn der Reichsfinanzminister Dietrich erklärte, das deutsche Volk würde einen zweiten Winter mit 5 Millionen Arbeitslosen nicht aushalten, so weiß heute, wo wir mitten im Mai noch über 4 1/2 Millionen Arbeitslose haben, jedermann, daß es im kommenden Winter nicht nur fünf, sondern sechs oder gar sieben Millionen sein werden.

Wer das Gesetz des kapitalistischen Systems kennt, weiß, wie es immanent wirkt und zwangsläufig die Kurve zur weiteren Produktionseinengung und Verelendung der Volksmassen treibt und zwingt. Es hat die Verarmung und Entzweiung der Mehrheit des deutschen Volkes herbeigeführt, hat die Mehrheit eines Volkes und der westeuropäischen Völker überhaupt enteignet und verproletarisiert, die Konsumkraft vernichtet und damit wieder im Kreislaufe der Wirtschaft zum Rückgang der Produktion, zum Rückgang des Volkseinkommens, zum Rückgang der Kapitalbildung, zum Rückgang der Steuererträge und Mittel für den Staat und die Gemeinden zwangsläufig geführt. Dieser Kurs setzt sich unter diesem Systeme ebenso zwangsläufig weiter fort und kein Beining kann daran einen Deut ändern!

Wie weit wir heute stehen, beweisen nur diese einfachen, aber vernichtenden Tatsachen: Über 75 Prozent unseres Volkes sind ohne Eigentum, ohne Heim, ohne Grund und Boden und Vermögen. Die Hauptnationalgüter der Milliardenwerte deutschen Nationalvermögens sind heute zusammengeballt in den Händen von 4 Prozent unseres Volkes. Das Einkommen von über der Hälfte unseres Volkes beträgt monatlich nicht 200 Mark.

Damit ist allein schon die ganze Unsinnigkeit und Unsittlichkeit des kapitalistischen Systems aufgezeigt. Je mehr es seine Monopole ausbaute, seine Kartelle und Trusts zusammenballte, je mehr die Gelder des Volkes in die Akkumulationszentralen der großen Bankkonzerne geflossen sind und dort von wenigen Menschen verwaltet und verwertet werden, desto mehr mußte in den breitesten Volksmassen unten das Eigentum entzogen, die Armut vergrößert, das Elend gesteigert werden. Der Jesuit Bichlmeier hat vollkommen recht, wenn er die gesamte Krise als eine

Krise des kapitalistischen Privateigentums bezeichnet.

Es ist ein Hohn, heute noch von „Privateigentum“ als „Grundlage sittlichen Lebens der Gesellschaft“ zu sprechen, wo Dreiviertel unseres Volkes dieses Privateigentums unter der heutigen schreienden Ungerechtigkeit solchen Eigentumsrechtes einfach vollständig enteignet worden sind. Damit ist jeder sittlichen Gemeinschaft der natürliche Boden zur sittlichen Lebensmöglichkeit entzogen!

Bichlmeier hat auch recht und sieht sehr klar, wenn er in der einseitigen Verteilung dieses Eigentums, in der dadurch bedingten ungeheuren Macht einzelner über die Wirtschaftsgüter des Volkes, in der Unmöglichkeit, solche gewaltige Produktionsgüter von einzelnen Menschen aus noch für die Produktion des Volkes einzusetzen, eine Gemeingefährlichkeit erblickt. Ja, dieser Kapitalismus, das ganze kapitalistische System ist gemeingefährlich geworden. Es morder unser Volk, es wirft Millionen arbeitslos auf die Straße, es legt die Produktionsgüter stille.

Das kapitalistische System hat vollkommen versagt, in all seinen Auswirkungen! Dagegen gibt es gar kein Argument mehr ins Treffen zu führen! Es hat sich als unfähig erwiesen, die Schätze der Erde, die der Hebung harren, die bereit liegen für unser Volk, zu heben. Es läßt sie zugrunde gehen. Es kann die Güterproduktion und den Gütertausch nicht mehr regulieren. Es kann die Güter der Erde nicht mehr dorthin bringen, wo man sie braucht, wo man sie kaufen möchte, aber nicht kaufen kann.

Es ist doch so: Da sitzen sie in Kommissionen zusammen und beraten, wie die Arbeitslosigkeit behoben werden könne. Man macht Vorschläge, daß eine Milliarde Auslandsanleihen vereinbart werden sollen. Was soll solch ein Vorschlag? Jedermann weiß doch, daß wir keine Anleihen vom Auslande erhalten können. Die Regierung Brüning bekommt keine Anleihe von Frankreich, dem sie mit dem deutsch-österreichischen Zollpakt vor den Kopf gestoßen hat, noch von Amerika, das zu gut weiß, daß die Gelder in ein Faß ohne Boden gegeben werden. Heute schon muß ja das deutsche Volk 2 Milliarden Mark an Reparationen und nochmals

2 Milliarden Mark für Zinsen und nochmals mehr als 2 Milliarden Mark für Rohstoffe und Lebensmittel aus Ausland geben. Lebensmittel und auch ein Teil Rohstoffe (wie Erze — Siegerland!), die unter einer Planwirtschaft, die der Staat in die Hand nehmen müßte, aus dem eigenen deutschen Boden geholt werden könnten.

Jeder Versuch, innerhalb dieses Systems eine Reform durchzuführen, ist gescheitert! Was sollen uns die schönen Phrasen Brüning's, das deutsche Volk solle Vertrauen zum Plane der Reichsregierung haben? Was für ein „Plan“ ist denn das, wenn sie bis heute nicht einmal wissen, wie sie Arbeit für die 5 Millionen beschaffen können. Das Volk aber muß Brot haben, muß Arbeit haben!

Das System des westeuropäischen Kapitalismus ist am Ende! Warum ist in Rußland Aufschwung? Warum ist dort die Produktion der Industrie verdreifacht, der Landwirtschaft verdoppelt? Warum stieg dort das Volkseinkommen um das Doppelte? Warum kann dort die Bevölkerung rasch wachsen und sich vermehren und wir stehen auf der tiefsten Stufe der Geburtenentwicklung?

In Rußland ist Planwirtschaft. Dort ist das freie Unternehmertum ausgeschaltet, die Leitung liegt in den Händen der staatlichen Plankommission und jeder Mensch muß sich dem Plane einordnen. Mit der Beschränkung dieser Freiheit ist verbunden ein ungeheures Pulsieren der Wirtschaft, ein einsetzender Hochschwung des wachsenden Volkseinkommens, restlose Möglichkeit für jeden Menschen zur Arbeit und Betätigung.

Bei uns besteht die Freiheit, aber die Freiheit der Barbarei. Da darf der Bankkonzern die Gelder des Volkes ins Ausland schaffen, da darf eine Getreidehandelsfirma Millionen-Gewinne aus der Not der Landwirtschaft ziehen. Da darf das Monopolkapital die Betriebe schließen, die Arbeiter entlassen, und die Arbeiter haben die „Freiheit“, stempeln zu gehen oder zu verhungern. Was wollen wir eintauschen? Ja, ist es denn nicht eine sittliche Pflicht des einzelnen, seine persönliche Freiheit soweit einzuschränken, als es das Wohl der Gesamtheit erfordert? Es nützt nichts mehr, die Wucht dieser Tatsachen noch länger zu verdunkeln! Soeben schreibt auch ein Bürgerlicher, General v. Schoenaich, im „Dortm. Gen.-Anz.“, wo er dies klarlegt und ausführt, wie er vor Jahren, als er von Rußland zurückkam und sagte: „In Rußland geht es aufwärts“, verächtet und als „Bolschewik“ verhöhnt worden sei. Heute müssen die Klöckner und Thyssen dies zugestehen und bei den Bolschewiken um Aufträge betteln!

Hier das deutsche Volk: „Deutschland über alles“ — dort ein früheres Volk der Läuse und Wanzen und Analphabeten! Warum denn das?

Mag Rußland „Sozialismus“ oder „Staatssozialismus“ oder weiß Gott mit welchem Schlagworte man das alles belegt, haben! Die weltliche, verkalkte, in Theorien erstarrte Intelligenz glaubt ja überall mit Worten, mit denen sie trefflich kämpfen läßt, immer eine Sache belegen zu müssen, die ihr unbehagen ist und nicht in ihren Gehirnkasten geht. Eines kann sie nicht leugnen: In Rußland geht es aufwärts, hat das Volk Brot und Arbeit.

Rußland hat sich vom Systeme des westlichen Kapitalismus gelöst! Es hat für sein Volk und Land das getan, was der Jesuit Bichlmeier als das, auch vom religiös-sittlichen Standpunkte aus Entscheidende verlangt: An Stelle der Freiheit der einzelnen kapitalistischen Unternehmer und Machthaber, die die Dinge nicht mehr überschauen und bewältigen können, die grausamen Raubbau mit den Produktionsgütern der Völker treiben, muß eine höhere Macht treten! Die Allgemeinheit, der Staat! Wir können nicht um der „Freiheit“ einzelner willen ein ganzes Volk und ganze Kulturen zugrunde gehen lassen. Das ist keine Freiheit mehr, sondern das ist Barbarei und höchste Unsittlichkeit!

Verstaatlichung der Produktionsmittel, Verstaatlichung der Banken und Geldinstitute, Planwirtschaft durch eine staatliche Machtkommission — es gibt ganz einfach keine andere Lösung! Entweder, krampfhaftes Festhalten an einem ganz falschen „Freiheitsprinzip“ des einzelnen und Untergang, oder sittliche Einschränkung der Freiheit des einzelnen für das Ganze, damit Rettung des Ganzen, damit aber auch Brot und Arbeit für den letzten Volksgenossen! Wer will einen anderen Weg?

Ohne diese Gesamt- und Radikallösung, ohne diese soziale Revolution gibt es keine Lösung all der heute brennenden Fragen. Ohne Lösung von kapitalistischen Westen und Bildung eines Wirtschaftsblocks mit Rußland und dem gesamten Osten gibt es keine Befreiung von Youngplanlasten und Zinslasten. Ohne diese Generallösung kommen wir niemals dazu, unsere Produktion in Gang zu setzen und unsere Produktion zu erhöhen, damit dem Gesamtvolke Arbeit und Brot zu schaffen! Es gibt keine andere Lösung! Und wenn sie nicht durch die sittliche Erkenntnis kommt, wird sie eingeleitet durch eine ganz furchtbare Katastrophe, der wir mit Macht entgegenstreiten. Die Millionen lassen sich nicht vernichten um des Profits einiger Hunderttausender willen und um eines Prinzips eines Eigentumsrechtes willen, das schon längst in der Praxis Barbarei und teuflische Unsittlichkeit geworden ist.

Wir könnten doch auf deutschem Boden nicht nur 67, sondern 80 und 90 Millionen Menschen ernähren, wenn dieser Boden und seine Naturschätze rationell benützt und verwertet würde. Wir haben doch Bedarf. Die breiten Massen sind ausgelugt und ausgepowert bis aufs letzte Hemd an notwendigen Konsumgütern. Sie können nicht konsumieren, sie können nicht verbrauchen, sie können nicht kaufen. Wir haben doch Abschmer für Waren genug, übergenug. Der Bedarfsmangel an allem ist doch ungeheuerlich! Wir brauchen doch beinahe eine Million Wohnungen. Wir brauchen doch Lebensmittel vom Auslande! Wir brauchen doch Maschinen und Werkzeuge! Wir haben doch Holz, Sennel, Zement, Eisen, Kohlen, Menschen zur Arbeit! Genug, übergenug! Unser Boden könnte doch das Doppelte an Lebensmitteln hervorbringen, wenn er rationalisiert würde! Warum unsere Schulweisheit nicht? Wissen das unsere „Führer“ nicht?

Über dieses eine, was getan werden muß, das ist die Entscheidung. Das kapitalistische System stürzen und die Zukunft des Sozialismus aufbauen! Die an der Macht sitzen, von der letzten Dorthöhe bis zum letzten Minister hinab und zum letzten Zeitungsschreiber bürgerlicher Parteizeitungen, sind doch Lakaien des Kapitalismus, stehen doch in seinem Dienste, werden doch von ihm bezahlt! Von ihnen

Sozialdemokraten entscheidet euch!

Kursänderung auf dem Leipziger Parteitag?

Es gibt leider noch recht viele sozialdemokratische Arbeiter und Arbeiterinnen, die vom bevorstehenden Leipziger Parteitag erwarten, daß er zu einem Wendepunkt in der Geschichte der deutschen Sozialdemokratie werde. Die mit der Panzerkreuzer- und Brüning-Politik der SPD. unzufriedenen Parteimitglieder hoffen immer noch, trotz jahrelanger bitterer Enttäuschungen, auf einen Kurswechsel. Andererseits gibt es sogar einige politische Phantasten, die meinen, das Scherbengericht über die „Neun“ werde zur Spaltung und damit zur Wiederaufhebung der USPD. führen. Nach den bisherigen Vorbereitungen zu diesem Parteitag, dem Verlauf der Bezirkskonferenzen und Bezirksparteitagen, in welchen die Delegierten gewählt und die Anträge zu dem Parteitag beschlossen wurden, kann man schwer die Erfüllung der einen oder anderen „Hoffnung“ erwarten.

Der Leipziger Parteitag wird nicht nur nicht den Kurs ändern, sondern vielmehr den Gipfel der heuchlerischen Phrase zur Verschleierung dieses Kurzes erklimmen. Wir werden insbesondere in dem Referat von Tarnow scharfe Anklagen gegen die Wirtschafts-anarchie des kapitalistischen Systems zu hören bekommen, die selbst von den Angehörigen der „linken“ kaum noch übertroffen werden können. Tarnow wird wohl nicht mehr an das erinnert sein wollen, was er in seiner im Jahre 1929 erschienenen Broschüre: „Warum arm sein?“ gesagt hat. Auch selbst seine ganz linientreuen, braven Sozialdemokraten würden ihn auslachen, wenn er in seinem Vortrag etwa zu demselben Ergebnis kommen wollte, wie in dieser Broschüre, die er übrigens mit der Bemerkung schließt, daß die Armut „kein ökonomisches Maß, sondern eine soziale Krankheit ist, deren Heilbarkeit sich schon im Rahmen der kapitalistischen Wirtschaft außer Zweifel steht.“ Er wird ferner verschweigen, daß Hilferding auf dem Kieler Parteitag im Jahre 1927 in seinem Referat das baldige Ende dieser selben Wirtschafts-anarchie prophezeit hatte, die Tarnow jetzt als Hauptursache der gegenwärtigen Wirtschaftskrise feststellen wird. Was Hilferding's Rede ein einziges Loblied auf den „organisierten“ Kapitalismus, so dürften Tarnow's Ausführungen eine scharfe rethorische Kampfansage gegen die kapitalistische Wirtschafts-anarchie werden.

Trotz alledem bleibt es nur bei der radikalen Phrase. Es bleibt

bei der alten Taktik, die sich seinerzeit aus dem falschen Hypothesen Hilferding's über die Entwicklung des kapitalistischen Wirtschaftssystems ergab. Hilferding's Worte in Kiel, daß „die Erhaltung der bürgerlichen Demokratie und Republik das wichtigste Interesse der Partei“ ist, werden noch einmal untertrieben werden. Inzwischen wird die SPD. weiterhin die reaktionäre Politik der Brüning-Diktatur tatkraftig unterstützen. Der Lohnraub und die Zollerhöhungen, die Politik der Verelendung der Lebenshaltung der arbeitenden Bevölkerung, wird unter der papiernen Resolutionen des Leipziger Parteitages fortgesetzt und die SPD. wird weiterhin als Ersatz für die Nationalsozialisten der Brüning-Regierung Hilfe leisten.

Das Zentrum wird an dem Ausspielen der Nationalsozialisten gegen eventuelle loyale Oppositionsgruppen der Sozialdemokratie weiter gewinnen. Brüning hat ja an dem ehemaligen österreichischen Bundeskanzler und Prälaten Seipel einen glänzenden Lehmeister, wie man die Nationalsozialisten ausspielt, genau so wie Seipel mit der faschistischen Heimwehr gegen den „Austromarkismus“ operierte.

Wie lange aber noch werden sich die sozialdemokratischen Arbeiter und Arbeiterinnen diesen Verrat ihrer Interessen gefallen lassen? Werden sie etwa warten, bis die Teilnahme des Nationalsozialisten an der Brüning-Regierung das große Fiasko der sozialdemokratischen Politik komplett macht? Noch lauter rufen viele sozialdemokratische Genossen mit dem „schwarzen Mann“ hinter einschüchtern. Die drohende Gefahr des Faschismus selbst sie immer noch nur in Hitler, den die sozialdemokratischen Führer zur Rechtfertigung ihrer reaktionären Politik präsentieren, um zu verschleiern, daß sie der Brüning-Diktatur helfen, die offene faschistische Diktatur aufzurücken.

Die wichtigste Erscheinung, die sich jetzt innerhalb der SPD bemerkbar macht, ist die Linksentwicklung der von der SPD-Politik enttäuschten proletarischen Mitglieder. Diesen Klärungsprozeß in den Köpfen der sozialdemokratischen Arbeiter nach Klaffen zu fördern, muß jetzt unsere wichtigste politische Aufgabe sein.

Georg Raible, ehemaliger Funktionär und Leiter der Parteiklubs der Berliner SPD.

Kleine Wochenpolitik.

Bei den Landtagswahl in Lippe erhielten: Sozialdemokraten 7 Sitze (daher 8); Deutschnationalen 1 (3); Volkspartei 1 (1); Staatspartei 1 (-); Kommunisten 1 (-); Nationalsozialisten 4 (-).

Gegen die Berliner Bäckereinnahmen, die den Brotpreis zum zweiten Male erhöhen will, will die Regierung mit Notverordnungen vorgehen.

Der Ältestenrat des Reichstages hat die Anträge der Kommunisten auf Einberufung des Reichstages erneut abgelehnt.

Die Reparationsanforderungen haben im Jahre 1930 eine Höhe von 707 Millionen (1929: 819 Millionen) erreicht.

Der Zoll für ausländischen Weizen wurde vorübergehend von 2 auf 10 Mark pro Doppelzentner ermäßigt.

Der württembergische Finanzminister erklärte, die Regierung wird sich gezwungen, infolge Einnahmefall alle Ausgaben sachlich und verminderter Art generell um 10 Prozent zu kürzen.

Der Reichsstatistikbericht gibt bekannt, daß über zwei Drittel der 1136 Städte bis zu 25 000 Einwohnern das Rechnungsjahr 1930/31 mit Fehlbeträgen in Höhe von durchschnittlich 12,36 Mark je Einwohner abschließen, obwohl die meisten Städte die neuen Steuern eingeführt haben.

Die Stadt Berlin ist infolge der Riesenschulden gezwungen, die städtischen Elektrizitäts- und Gaswerke zu veräußern.

Verhandlungen zwischen der Reichsregierung und Bayern wegen der bayerischen Einwände gegen das Steuervereinfachungsgesetz sind ergebnislos verlaufen.

Der neue Münchener Flughafen, der modernste Flugplatz Deutschlands, wurde eingeweiht.

Fischer wünscht sich an Stelle Hindenburgs den General v. Litzmann als Reichspräsidenten.

Der nationalsozialistische S.A.-Führer Brasch in Schneidemühl wurde wegen Spionage zugunsten Polens verhaftet.

Ein Angehöriger des 9. Reiterregiments in Bessow wurde von der Kriminalpolizei wegen Spionageverdachts zugunsten Polens in Haft genommen.

Die „Rote Fahne“ wurde wegen Beschimpfung der republikanischen Staatsform auf die Dauer von 14 Tagen verboten.

Der „Führer“, das badische Organ der Nationalsozialisten, wurde wegen Beleidigung der Polizei für 14 Tage verboten.

Balsberg, der Direktor der Sparkasse in Landsberg a. Lech, der wegen Unterschlagung von 143 000 Mark flüchtig war, hat sich der Kölner Kriminalpolizei gestellt.

Zwischen dem Luftschiffbau Zeppelin und der amerikanischen Fleetmarine ist ein Abkommen getroffen worden, wonach „Graf Zeppelin“ eine wissenschaftliche Expedition in die Polargegend unternimmt und versuchen soll, sich mit der U-Bootespedition Wilkins zu treffen.

Die Reichsbahnverwaltung hat ihren Geschäftsbericht für 1930 veröffentlicht; er weist eine Einnahmeverminderung von 783,5 Mill. oder 14,63 Prozent auf.

Zwischen Friedrichshafen und Rorschach kenterte im Föhnsturm ein mit 11 jungen Leuten des Marinevereins Friedrichshafen bemanntes Boot. Nur ein Teilnehmer wurde gerettet.

Die Nationalversammlung hat Kemal Pascha einstimmig zum Präsidenten der Türkei gewählt.

Trotski hat den Präsidenten von Spanien um die Genehmigung nachgesucht, seinen Wohnsitz nach Spanien zu verlegen.

Die englischen Eisenbahngewerkschaften verlangen Verstaatlichung der Eisenbahnen.

Nach einer Meldung aus Washington dürfte bis zum Ende des Budgetjahres, dem 30. Juni, der Fehlbetrag im amerikanischen Staatshaushalt 1 131 000 000 Dollars übersteigen. Das Defizit betrug am 1. Mai bereits 879 000 000 Dollars.

Der amerikanische Schatzsekretär Mellon erklärte in einer Rede vor einer Gruppe ausländischer Bankiers, die an der Internationalen Handelskammer-Konferenz teilnahmen, die amerikanische Regierung sei gegen jede Herabsetzung der Kriegsschulden.

Die amerikanische Bundesbank hat den Diskontsatz von 3 auf 1 1/2 Prozent ermäßigt.

In Buffalo wurde durch ein Schiffsfeuer ein großes Waffen-, Munitions- und Ausrüstungslager der amerikanischen Feldartillerie zerstört. 30 Häuser und eine Kirche wurden zerstört.

Die Internationale Handelskammer-Konferenz nahm gegen die übermäßigen Rüstungsausgaben Stellung. Sie seien wesentliche Ursache der hohen Steuer und der wirtschaftlichen Notlage.

Krylenko, der öffentliche Ankläger in politischen Prozessen der Sowjetunion, wurde zum Volkskommissar für die Justiz ernannt.

Kardinal Segura, Fürstbischof von Spanien, forderte in einem Hirtenbriefe die spanischen Katholiken auf, bei den kommenden Wahlen zur Nationalversammlung nur solchen Kandidaten ihre Stimme zu geben, die die Garantie dafür bieten können, daß sie die Rechte der Kirche und Ordnung der Gesellschaft verteidigen würden. — Der Justiz- und Kultusminister erklärte hierzu, der Brief enthalte Stellen rein politischen Charakters, die Opposition, ja sogar Feindschaft zur Republik ausdrückten. Die Regierung könne dies nicht dulden und habe bereits die nötigen Schritte unternommen.

Die französische Kammer sprach dem Außenminister Briand mit 430 gegen 52 Stimmen ihr Vertrauen aus und „versichert ihre Zustimmung zu einer internationalen Verständigungspolitik und einer zeitgehenden und ehrlichen Zusammenarbeit der europäischen Völker. Sie verurteilt in aller Form den Plan des deutsch-österreichischen Zollabkommens, der sich im Widerspruch zu dieser Politik und zu den Verträgen befinden würde.“

Die spanische Regierung hat den obligatorischen Religionsunterricht in sämtlichen Schulen abgeschafft. Den Geistlichen soll gestattet sein, bei Ablehnung der Lehrer ohne Gehaltsansprüche Religionsstunden zu erteilen.

14 Millionen Reingewinn bei Mannesmann.

Der West-Betrieb Mannesmann-Röhrenwerke in Düsseldorf wirft für das verbesserte Bilanzjahr eine Dividende von 6 Prozent aus. Das ist ein Profit für die Aktionäre von 13 Millionen Mark. Dasselbe wird von den Rheinischen Stahlwerken und der Mühlheimer Bergwerksvereins-Aktien-Gesellschaft gemeldet, die gleichfalls eine Dividende von 6 bis 7 Prozent ausschütten.

Wie man sieht, läßt sich trotz Wirtschaftskrise und Youngtribune in Deutschland noch immer gut Geld verdienen. Nicht umsonst genießen die deutschen Unternehmer den Ruf der sachverständigsten Ausbeuter. Um den Profit auch für das nächste Jahr zu sichern, haben die Oberscharmacher im Ruhrgebiet den 500 000 Berg- und Metallarbeitern den Kampf angesagt. Sie wollen ihr blaues Wunder erleben, wenn der Riese Ruhrprolet aufsteht und ihnen zeigt, daß die machlos sind, wenn er die Förderkränze stillsetzt und alle Räder zum Stehen bringt. Vor dieser Auseinandersetzung stehen wir, das gesamte proletarische Deutschland muß den Kameraden im Ruhrkampf zu Hilfe kommen

kommt diese Entscheidung nicht. Sie sägen den Ast, auf dem sie selber sitzen, nicht ab!

Aber das Volk der Arbeit, des Hungers, der Verelendung muß das wissen. Muß seine Reihen schließen. Kein Bauer, kein Arbeiter darf mehr in einer Organisation, in einer Partei stehen, die den Kapitalismus bejaht und stützt! Ober alle Weltanschauungsdifferenzen hinweg müssen sich diese Massen in der Einheitsfront die Hände reichen. Es geht nicht weiter. Untergang oder soziale Revolution heißt die Alternative, die unserm schaffenden Volke gestellt ist. Aber nicht nur dem schaffenden Volke. Das ganze Volk, die ganze deutsche Nation geht zugrunde, wenn sie sich länger an den kapitalistischen Westen ketten. Ein nationaler und sozialer Befreiungskampf ist diese soziale Revolution und zugleich ein kultureller! Denn wer sagt heute noch bei dieser Barbarei von „Kultur“ zu sprechen? Wer wagt noch einen Stein auf

die „gottlosen Bolschewisten“ zu werfen, da bei uns sowohl die Gottlosigkeit des ganzen Systems, wie der Bolschewismus letzter Auflösung nach jeder Richtung hin viel greulich ist, als er jemals in Rußland sein konnte! Die sittlichen und moralischen Zustände in unserm Volke sind doch turmhoch schlimmer und miserabler als im bolschewistischen Rußland, und zwar nach jeder Richtung hin!

Das kapitalistische System hat die Völker zur letzten Unmoralität, zur letzten Sklaverei des Geldsacks, zur letzten Verelendung geführt! Wer heute noch, auch unter christlichem Mantel, für dieses System die Macht aufrecht erhält, ist ein Mitarbeiter am Untergange unseres Volkes!

Das Volk der Arbeiter und Bauern hat hier die gewaltige Aufgabe, eine Zukunft zu retten. Schließt die Einheitsfront gegen den Kapitalismus und alle seine Postenhalter! Herein in die Arbeiter- und Bauernpartei Deutschlands! V. H.

SPD. will noch größere Steuerbelastung der Massen!

Werktätige, wehrt euch!

Der Brotpreis steigt. Die Not des arbeitenden Volkes wird immer größer. Da in Deutschland die Steuerlasten vollständig den breiten Massen aufgeladen sind, ist es bei dem Hunger und der Massenarbeitslosigkeit gar kein Wunder, daß die Steuern nicht den vorkuberechneten Ertrag einbringen. Schon im Jahre 1930 ist in der Reichskasse ein Defizit von 1 1/4 Milliarden entstanden. Und für das neue Etatjahr berechnet man schon jetzt, wohlgezielt, nachdem aus dem Brüning-Etat jeder Pfennig für die Arbeitslosenunterstützungen gestrichen wurde, nachdem alle sozialen Leistungen scharf abgebaut wurden, mit einem Defizit von einer halben Milliarde. Dazu kommt der finanzielle Zusammenbruch der Gemeinden. Der Deutsche Städtetag hat festgestellt, daß die Schulden der größeren deutschen Gemeinden 9 Milliarden und 210 Millionen Mark betragen. Ferner stellte er fest, daß der Fehlbetrag der Gemeindehaushalte für das laufende Etatjahr 750 Millionen betragen wird und das trotz Kopfsteuer, trotz Getränkesteuer, trotz Gemeindefuhrsteuer usw.

Diese klaffenden Löcher in den Haushalten des Reiches und der Gemeinden will die Brüning-Regierung stopfen, indem sie alle sozialen Leistungen, vor allem die Arbeitslosenunterstützung und die Wohlfahrtsunterstützung radikal abbauen will. Nicht an den ungeheuer hohen Ausgaben für die Reichswehr, nicht an den Milliarden, die für die Polizei ausgegeben werden, nicht an den Subventionen für Großindustrie und Großagrarien soll gespart werden, sondern an den erbärmlichen Unterstützungen der Arbeitslosen und der Hungerrenten der Kriegbeschädigten und Arbeitsinvaliden. Gleichzeitig plant die Regierung, die durch ihre Zollwucherpolitik die Lebensmittelpreise hinaufreibt, eine weitere Erhöhung der Lasten der breiten Massen. Schon wird der Plan angekündigt, die Beiträge zur Arbeitslosenversicherung nochmals um 1 Prozent der Lohnsumme zu erhöhen. Und da erwachen der Brüning-Regierung in den sozialdemokratischen Führern wieder die eifrigsten Helfer.

In einer Situation, wo das werktätige Volk durch die Ausplünderung und Auswucherung in die größte Not geraten ist, macht die SPD. den Vorschlag, die Steuerlasten für die breiten Massen noch mehr zu erhöhen. Der sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete Paul Hertz schreibt im „Vorwärts“ vom 5. Mai wörtlich:

„Die Sozialdemokratie steht seit langem auf dem Standpunkt, daß — wenn es keine andere Wahl gibt als die Einschränkung der Sozialausgaben oder die Erhöhung der Steuern — das letzte als das kleinere Übel zu wählen ist, selbst wenn es sich dabei um Steuern handelt, die auch die breiten Massen treffen.“

Die SPD-Führerschaft fordert also nicht etwa solche Steuern, wie die von der KPD geforderte Millionsteuer, gegen die ja die sozialdemokratische Reichstagsfraktion gestimmt hat, sondern eine noch schärfere Besteuerung der breitesten Massen.

Dabei sind die Steuerlasten, die in Deutschland dem werktätigen Volk aufgedrückt sind, viel größer als selbst in anderen kapitalistischen Ländern. Das hat selbst der Reichsbankpräsident und frühere Reichskanzler Luther zugegeben, der vor einigen Tagen bei einer Rede in Luxemburg folgendes ausführte:

„In Großbritannien ist ein verheirateter Steuerpflichtiger mit 2 Kindern, dessen Einkommen ganz aus Arbeitseinkommen besteht, bis zu einem Einkommen von 8040 Mark einkommensteuerfrei. Derselbe Steuerpflichtige zahlt in Deutschland 43 Mark Einkommensteuer im Jahr. In Amerika ist ein verheirateter Steuerpflichtiger mit 2 Kindern, wenn sein Einkommen ganz aus Arbeitseinkommen besteht, bis zu einem Einkommen von 18 000 Mark einkommensteuerfrei.“

Weiter gab Luther zu, daß in England und anderen kapitalistischen Ländern die hohen Einkommen viel mehr zu dem Gesamtsteueraufkommen herangezogen werden. Diese Geständnisse Luthers unterstreichen die grausame Brutalität der deutschen Kapitalisten, die ohne Rücksicht auf das Dahinsiechen von vielen Tausenden die Werkstätten bis aufs Hemd ausplündern.

Jetzt soll nach dem Willen der SPD-Führer auch die Steuerbelastung der breiten Massen noch erhöht werden. Wenn das werktätige Volk nicht buchstäblich zusammenbrechen will, so gilt es, unter Kampf und tiefbewußter Arbeit den revolutionären Ausweg aus dieser Hungerkatastrophe zu erkämpfen.

Das Resultat der Brüning-Breitscheid-Verhandlungen.

Der Brotwucher bleibt, neue Zoll erhöhungen für Schweine, Hafer, Gemüse und Gänse.

Vierundzwanzig Stunden nach der Unterredung, die Reichskanzler Brüning mit den Führern der Sozialdemokratischen Reichstagsfraktion hatte, veröffentlicht die Regierung ihr neues, unerhörtes Zollwucherprogramm. An dieser Tatsache zeigt sich mit aller Deutlichkeit, daß die sozialdemokratischen Führer entgegen den demagogischen Berichten der sozialdemokratischen Presse voll und ganz mit der Zollwucherpolitik der Brüning-Diktatur einverstanden sind, und dieses

Einverständnis auch ausdrücklich dem Reichskanzler mitgeteilt haben.

Nach den Kabinetts-Beschlüssen, die am Vorabend des 1. Mai endgültig gefaßt wurden, wird der Zoll für lebende Schweine auf 40 Mark pro Doppelzentner zunächst bis zum 1. November d. J. heraufgesetzt. Gleichfalls wird der Fleischzoll im bisherigen Verhältnis zum Zoll für das Lebendvieh heraufgesetzt. Der Zoll für Hafer wird auf 16 Mark pro Doppelzentner erhöht, erhöht werden ferner die Zölle für Speiserbsen auf 20 Mark, für Futtererbsen und Bohnen auf 8 Mark, für ungeröstete Linsen auf 5 Mark, für gereinigte auf 8 Mark, für Futterbohnen, Lupinen und Wicken auf 5 Mark. Außerdem werden auf Gänse der Zoll auf 3,10 Mark pro Stück festgesetzt.

Die Regierung gab gleichfalls bekannt, daß der Weizenzoll vorläufig nicht gesenkt werden soll. Im Falle einer späteren Senkung jedoch soll die Zollermäßigung nicht den Verbrauchern, sondern den großen Mühlen zugute kommen. Da auch der Zoll auf Roggen keine Senkung erfahren hat, ist also der Brotwucher jetzt endgültig durch die Brüning-Diktatur sanktioniert und der Weg für weitere Brotpreiserhöhungen und das Kriegsbrot endlich freigemacht worden.

Diese neuesten Zollwucherbeschlüsse der Brüning-Diktatur übertreffen selbst die schlimmsten Erwartungen. Die Brüning-Regierung hat den Großjunkern alle Forderungen bewilligt. Selbst ein Berliner demokratisches Blatt muß zu diesen neuesten Brüning-Schiele-Zöllen schreiben: „Unerhörte Beschlüsse der Reichsregierung.“

Begreifen die sozialdemokratischen Arbeiter immer noch nicht, daß die Duldung der Brüning-Regierung durch die SPD-Führer zu einer gesteigerten Aushungerpolitik führt? Durchschauen sie noch immer nicht das demagogische Spiel, das die Breitscheid, Dr. Hertz und Konsorten treiben? Die Brüning und Schiele finden den Mut zu ihrer Zollwucherpolitik nur, weil sie dabei die Unterstützung der SPD-Führer haben. Alles Gerede und Geschmiere der sozialdemokratischen Führer „gegen den Zollwucher“ dient lediglich der Maskierung.

Die Bauern und Arbeiter werden mit diesen Zollwuchergesetzen immer noch mehr der Proleten der Großgetreidehandels-Aktiengesellschaften und Mühlen-AG ausgeliefert. Der Schwindel mit den Einfuhrzöllen wird vermehrt, das Brot dem Volke, dem man durch Lohnabbau die Einnahmen herabgeschraubt hat, weiter verwehrt, die wirklichen Bauern aber merken nichts davon und die deutschen Bauern müssen ihre Produktion um 10 Milliarden im Jahre verkaufen, die dann die Konsumenten um rund 23 Milliarden abkaufen müssen.

Und gegen diese weitere Verschlechterung der Lebenslage der breiten Massen unseres Volkes und damit der weiteren Zerstörung der wichtigsten Art von Kapital, die wir haben, nämlich die Menschen- und Arbeitskraft, wenden sich weder die „christlichen Parteien“ des Zentrums und der BVP, diese gehören zu den Organisatoren dieser Massenherabdrückung, nicht nur die Großjunkern und Bankhülsen, sondern auch die deutsche SPD, die dieses alles geschehen läßt, ohne von ihrer politischen Macht Gebrauch zu machen. Ebenso ist die Hitlerpartei damit einverstanden.

Es muß wirklich die große Trübsal der Arbeiter und Bauern wachsen, um mit all diesem Schwindel aufzuräumen. Jeder neue Kampf für die Arbeiter- und Bauernpartei und die Einheitsfront der Schaffenden ist ein wahrhafter Aufbau für kommende Ordnung, wo all diese Unterdrückungen nicht mehr möglich sein können!

Sie sind sich einander wert.

Das Münchener Hitlerblatt kommentiert die durch die Sozialdemokratie verhinderte Einberufung des Reichstages mit folgenden Worten:

„Trotz ihres Geschreis wegen Brotpreiserhöhung haben also die Sozialdemokraten wieder vorgesehn, Brüning zu unterstützen und vor einem Zusammentritt des Reichstages zu bewahren. Damit haben sie bewiesen, wie verlogen auch ihre neuesten Kampfansagen gegen das Bürgerkabinett sind.“

So richtig das auch sachlich ist, so demagogisch ist es, wenn man sich daran erinnert, daß bekanntlich die Nazis und Deutschnationalen überhaupt nicht an der Sitzung des Ältestenrates teilnahmen und damit vor vornherein bekundeten, daß sie ebensowenig Interesse an der Einberufung des Reichstages hatten wie Schiele, Brüning und die SPD. Fürwahr, sie sind sich einander wert!

Brüning-Politik, ein verlustreiches Geschäft!

Die Berliner „Germania“ ist das Zentralorgan der Zentrumspartei und das Blatt Brünings. Soeben wird bekannt, daß der Verlag der „Germania“, der schon im vergangenen Jahr mit 67 000 Mark Verlust sein Geschäftsjahr abgeschlossen hat, diesmal mit 394 000 Mark Verlust seine kapitalistischen Aktionäre erschreckt. Der Rückgang dieses Geschäftes ist charakteristisch für die „Liebe des Volkes“ zum schwarzen Kanzler. Denn in diesem Verlust kommt der Rückgang der Leserschaft zum Ausdruck. Es ist eine überall zu beobachtende Erscheinung, daß die werktätigen Anhänger der Zentrumspartei in wachsendem Maße der schwarzen Fahne des „christlichen Hungerkurses“ die Gefolgschaft aufsagen.

Russland?

Nikolaus Hlien schreibt im Maiheft seiner „Losenrute“:

Die Geschehnisse in Rußland werden allmählich immer erster genannt. Es ist noch kaum ein Jahr her, da prophezeite man das Ende der russischen Revolution. Man hörte überhaupt nichts als Schreie über Rußland in den deutschen und auch katholischen Zeitungen. Als ich auf der Wiedertrosttagung in Osnabrück 1920 in Gegenwart führender katholischer Zentrumsmitglieder auf den inneren Sinn des Geschehens in Rußland und die Möglichkeit und Notwendigkeit einer Begegnung der katholischen Jugend mit Rußland hinwies, da wurde ich von den maßgebenden Führern mit vielleicht nur einer Ausnahme bedauert, solche Ansichten zu haben.

Wie kommt es, daß wir so enge und kurzsichtig sind. Es ist mir unbegreiflich, wie gelehrte und tüchtige Männer Dinge nachreden, die das Gegenteil von jener elementaren Sachkenntnis sind, die unerlässliche Voraussetzung für große Politik ist. Was hat man nicht alles über den Fünfjahresplan geredet und geschrieben. Man hat die Russen lächerlich gemacht und es nicht glauben wollen, daß daran irgend etwas Mögliches sei. Heute aber geht in allen Blättern darüber ein großes Stöhnen los, daß nun der Fünfjahresplan doch gelinge, d. h. daß die Russen es fertig bringen, einen Ausgleich zwischen Industrie und Landwirtschaft zu schaffen, und auf dem Weltmarkt konkurrenzfähig zu werden. Man beginnt jetzt nach den anfänglich spöttisch und böhnisch lächelnden Mienen doch etwas zu zittern vor Rußland, und viele merken, daß wir in der Sache Rußland genau so falsch unterrichtet worden sind von der Presse aller Richtungen, auch von der katholischen, wie während des Krieges. Vielleicht ist die Täuschung noch größer! Wie wäre es denn, wenn Rußland den wirtschaftlichen Sieg davonträgt und es sich herausstellt, daß all die kleinen Einwürfe, durch die man uns zu täuschen sucht, doch nicht wahr sind, oder jedenfalls nicht in dem Umfang wahr sind, wie sie uns vorgehalten werden. Wir wollen hier keine einzige böse Tat, welche die Revolution mit sich gebracht hat und heute noch mit sich bringt, beschönigen, aber wir wollen auch das Böse, was geschehen ist und noch geschieht, nicht vergrößern, denn wir dürfen es nicht. Wir beklagen uns dadurch nur selbst und machen uns unfähig zu wirklicher Realpolitik. Es wäre ja ein Wunder, wenn in einem so großen Volke, wie die Russen es sind, mit ihrer natürlichen Brutalität, nicht die allerschlimmsten Dinge und Grausamkeiten vorkämen. Wir wollen sie gewiß nicht im geringsten billigen, aber wir wollen uns dadurch auch den Blick nicht verschleiern lassen vor dem Wesentlichen, was sich in Rußland abspielt. Gewiß, der Zar ist grausam umgekommen, aber wieviele sind grausam umgekommen unter den Augen des Zaren! Und vielleicht ist das, was an der Zarenfamilie geschah, nur die Rache Gottes für all das grausame Unheil, das unter dem Regime des Zaren geschehen konnte. Auch die Bolschewisten werden büßen müssen für alles Böse, was sie tun. Jede Ungerechtigkeit wird gerächt. Es ist sehr fraglich, ob nicht der Bolschewismus eben auch in einem ganz übermenschlichen Auftrage die Aufgabe hat, ungeheures Unrecht zu rächen!

Was hat denn Europa zu erwarten für das Unrecht, das es getan, trotz seines Christentums? Gerade letzteres macht es ja um so mehr schuldig. Einzelne haben oft auf das drohende Gericht Gottes hingewiesen, aber sie wurden nicht ernst genommen. Heute beginnt man zu zittern, denn der Fünfjahresplan wird in vier Jahren erledigt, und er ist doch nur der Auftakt zu einem viel umfassenderen Fünfzehnjahresplan.

Unsere Wirtschaftsführer nehmen gerne Aufträge von Rußland an, damit sie noch überhaupt etwas zu verdienen haben. Ist das nicht eine Ironie des Schicksals, daß die Kapitalisten eine Gnadenfrist bekommen von denen, die sie am meisten verachtet und zu bekämpfen vorgegeben haben? Ist es nicht so, als ob die Russen bereits die wirtschaftlich Herrschenden seien? Sie dringen in der Welt mächtig vor, sie unterbieten alle Kaufleute der westlichen Länder. Diese können nichts mehr verkaufen. Die Russen errichten große Lager in der Türkei, in Griechenland und Ägypten und setzen konkurrenzlos ihre Erzeugnisse ab. Die Kaufleute der anderen Länder können nach Hause gehen. Sie verdienen nichts mehr! Man sucht mit allerlei Erklärungen die Leistungen der Russen herabzusetzen und sie als unerhört grausam anzusehen. Lassen wir uns nicht durch solche Erklärungen den Blick trüben. Daß solche Leistungen nicht ohne Härten und Opfer geschehen, das ist ganz klar. Würden vielleicht unsere deutschen Kapitalisten auf die Arbeiterschaft Rücksicht nehmen, wenn sie diese im Falle der Entscheidung bis aufs Blut anstrengen müßten, wenn sie es könnten!

Wer ist so dumm, das zu glauben?

Wenn etwas helfen kann, so heißt es klare Augen haben und sich nicht betrügen lassen.

Was in Rußland geschieht, ist einfach der Vollzug der Weltgeschichte und des Weltgerichtes über eine vergangene Zeit. Wer das nicht sieht, der ist wirklich wie ein Blindler, der dazu noch in ein Gefängnis eingeschlossen ist.

Die kapitalistische Zeit als individualistischer Liberalismus ist vorbei. Sie geht schon an sich selber zugrunde und die andere Zeit, eine kollektivistische, kommunistische, folgt ihr notwendig und löst sie ab, weil die kapitalistische Zeit eben die Aufgabe der Verteilung der Lebensgüter der Menschheit, welche sie hätte lösen müssen und welche die kommunistische Zeit zu lösen versuchen wird, nicht gelöst hat. Die Dauer dieser Zeit wird davon abhängen, ob es ihr gelingt, ihre eigenen, alles Menschliche begleitenden Schwächen zu erkennen und die Mittel anzuwenden, die sie beheben.

An uns tritt schon lange die Frage, was wir zu tun haben gegenüber diesem Geschehen? Werden wir uns mit einer wortreichen schwächlichen Abwehr begnügen, wie bisher oder werden wir unsere Kräfte dem leihen, was kommen muß? Werden wir sie zum Gelingen des Ganzen einsetzen oder werden wir uns zurückziehen und auf unser Ende warten?

Wie wenig Bereitschaft besteht, sich mit den Dingen auseinanderzusetzen und ihnen furchtlos in die Augen zu schauen, das beweist auch der Versuch einer Begegnung mit dem selbst hochstehenden kommunistischen Reichstagsabgeordneten und Lehrer an der kommunistischen Partischule in Berlin Ernst Schneller. Wir hatten zu dieser Begegnung etwa 50 Katholiken aus dem führenden Gruppen eingeladen. Es waren etwa 15 erschienen. Die meisten hatten nicht einmal geantwortet auf die in verschlossenen Briefen versandten Einladungen. Freilich waren auch besonders einige sehr erfreulich auf die Einladung eingegangen. Katholisch sein heißt nun doch wahrhaftig nicht von der Angst leben, dazu werden wir in Zukunft noch reichlich Gelegenheit haben, aber wir müssen wissen, daß uns eine ganz neue Zeit winkt und eine große Aufgabe, auch wenn wir in dieser Zeit mit Mitleid bekämpft werden sollten, wie wir sie nur noch aus der ersten Christenzeit her kennen. Wenn wir nicht jene Gesinnung haben, mit der die Christen in dem Hause eines Nero

Dienst getan und das Haus des Nero christlich gemacht haben, dann sind wir eben keine wirklich glücklichen Christen mehr. Es kommt die Zeit, die in vielen Gesichtern angedeutet worden ist, eine Zeit, wo die Spreu in alle Winde zerstreut wird, wo das Wahre vom Falschen geschieden werden wird. Wir werden ganz gründlich ausgeträpelt werden, und es wird alles zerbrochen werden, was nicht echt ist.

Es wird kein vernünftiger Mensch glauben, daß die Russen ihre Aufgabe vollkommen lösen, dazu sind auch sie Menschen, aber es ist doch die Frage, ob sie nur Böses tun oder ob sie wirklich die Geburtsstunde einer neuen Zeit sind. Wenn sie weniger Unrecht tun als das kapitalistische System es tut, so sind sie ihm überlegen, und sie haben die Zukunft. Es liegt natürlich auf der Hand, daß die Russen als Gegner der alten Zeit, eben sofern sie nur Gegner sind, viele Fehler machen werden, sie werden gegen alles, was aus der alten Zeit kommt, Vorurteile haben und es leicht ablehnen, auch wenn es wertvoll ist. Gegen alles, was sie bekämpft, werden sie rücksichtslos kämpfen, auch wenn es zweckmäßig sein sollte, vorläufig nicht die ganze Gegnerschaft hervorzukehren. In diesem Sinne ist z. B. ihre Stellung zur Kirche eine ganz andere als anderen Gesellschaften der alten Zeit gegenüber. Sie wissen, daß hier Dinge liegen, welche nicht mit einem Federstrich aus der Welt zu schaffen sind. Man könnte sagen, daß sie glauben, daß die Zeit des entscheidenden Kampfes gegen die Kirche noch nicht gekommen ist. Der Kampf, den Rußland gegen die Kirche versucht, kann viel gefährlicher sein und raffinerter als der Kampf gegen den Kapitalismus. Die Russen wissen, daß es viel leichter ist, mit ihm fertig zu werden, als mit der Kirche, weil die Kirche eben auch im guten Sinne organisierte Religion ist. Das Religiöse ist für die Russen möglicherweise eine schöpferische Kraft. Sie sind klug genug, es als ein Problem zu betrachten, mit dem sie heute, wie sie sagen, sich zu beschäftigen keine Zeit haben. Sie haben sich eine Beschränkung auferlegt und glauben, erst die Wirtschaftsfrage entscheidend lösen zu können und zu müssen. Wenn sich dabei herausstellen sollte, daß die religiösen Kräfte wirklich ein positives Vorgehen haben, so werden die Russen dazu „ja“ sagen müssen und vielleicht auch wollen. Heute halten sie die Religion für Mangel, für Ausdruck eines Fehlens von Kraft. Die Russen glauben, daß sie den Menschen unfähig mache, sich in dieser Welt durchzusetzen. Durch die Verlegung der Menschenziele in eine andere

Eine Kundgebung des Bischofs Dr. Kubina.

Bereits im Frühjahr 1920 gab Bischof Dr. Kubina von Czesstochau, Sohn eines oberschlesischen Grubenarbeiters, einen tiefgründigen Hirtenbrief über die soziale Frage heraus, der während der ganzen Fastenzeit von den Kanzeln der Diözese verlesen wurde und sowohl unter den Arbeitern wie unter den Arbeitgebern gerechtes Aufsehen erregte, zumal die Czesstochauer Diözese mit dem Dombrowner Kohlenbecken vorwiegend industrielles Gebiet ist. Auf der Grundlage des Hirtenbriefes gab nun Bischof Dr. Kubina ein Buch unter dem Titel „Akceja Katolicka a Akceja spoleczna“ (Katholische Aktion und soziale Aktion) heraus.

Aus dem Unterabschnitt III, 2: Der Mensch als Ziel des wirtschaftlichen und sozialen Lebens, sei hier eine kurze Probe geboten. Der Bischof weist zunächst nach, daß Gott die Erde und alle Güter auf ihr erschaffen hatte, damit sie den Menschen für ihr zeitliches und ewiges Wohl dienlich seien. Aus dieser Wahrheit entspringt der vielleicht wichtigste Grundsatz der christlichen Ethik für das wirtschaftliche und soziale Leben, nämlich: Das Ziel des wirtschaftlichen und sozialen Lebens ist der Mensch und muß es sein. Diese Ordnung darf niemals und unter keiner Bedingung verkehrt werden. Niemand und unter keiner Bedingung darf der Mensch zum Werkzeug, zum Mittel, zum Diener, zum Sklaven des Wirtschaftslebens werden. Alle Güter, Einrichtungen und Formen des Wirtschaftslebens, Ackerbau, Gewerbe, Handel, Kapital und Arbeit, Natur und Technik — all das hat nur das eine vernünftige Ziel, nämlich dem Menschen zu dienen. Diese Wahrheit ist so klar und sicher, daß es unmöglich scheinen könnte, als ob die Menschheit ihr jemals untreu werden und ein ihr entgegengesetztes wirtschaftliches und soziales System schaffen könnte. Doch, was sehen wir in Wirklichkeit? Es entwickelten sich solche wirtschaftliche und soziale Verhältnisse, daß tatsächlich diese natürliche und einzig

menschenswürdige Ordnung umgekehrt wurde. Der größere Teil der Menschheit geriet nämlich in die Knechtschaft des wirtschaftlichen Lebens.

Mahatma Gandhi

wurde kürzlich von einem christlichen Missionar — Dr. R. Stanley Jones — befragt, welches wohl der beste Weg sei, den nicht-christlichen Teil der Menschen wirklich dauernd für das Christentum zu gewinnen.

Mahatma Gandhi dachte einen Augenblick nach und gab dann mit ernstem Blick den folgenden Rat:

„Erstens würde ich raten, daß Ihr Christen alle miteinander damit anfängt, so zu leben wie Christus lebte;

zweitens würde ich den Rat geben, Eure Religion voll und ganz in Tat umzusetzen, ohne den Worten Christi Gewalt anzutun und ohne sie durch Abschwächung oder Veränderungen zu entstellen;

drittens würde ich vorschlagen, daß Ihr den Nachdruck auf die Liebe legt; denn die Liebe ist der Mittelpunkt und die Seele des ganzen Christentums;

viertens würde ich empfehlen, daß Ihr die nicht-christlichen Religionen und deren Kulturen mit mehr Verständnis und Mitgefühl studiert, damit Ihr das Gute erkennt, das auch in ihnen ist, — und daß Ihr Andersdenkenden mit mehr Liebe begegnet.“

Und dazu noch eine Meldung der Presse: „Gandhi gegen die europäische Missionsarbeit.“

London, 22. April. Gandhi äußerte sich in einer Unterredung über seine Stellung zum europäischen Missionswerk. Er werde die Missionare auffordern, Indien zu verlassen, falls sie nach der Erklärung der indischen Unabhängigkeit noch versuchen sollten, die Inder zum Christentum zu bekehren. Die Missionare seien willkommen, solange sich ihre Arbeit auf reine Liebestätigkeit, irdische Hilfe und Erziehung beschränke, aber das heukultivierte Indien habe nicht nötig, sich eine abendländische Religion aufzwingen zu lassen.“

W. G. A. Ja, wenn die, die Christus lehren, ihm nachleben würden!

Du solltest Opfer sein? ...

Aus den Tagebüchern eines jungen Menschen. Von Wolf Bernau.

M. Fortsetzung. (Nachdruck verboten.)

Die Ferientage in Husingen brachten viel Arbeit und Sorgen. Frühwält erhielt von Burg, der ebenfalls von Wasserhau nach Oberhofen versetzt war, das erledigte Sommerpensum der Obersekunda zugesandt. In drei Wochen sollte bereits die Aufnahmeprüfung stattfinden. Jörg mußte also die Lücke zwischen Osnern und Herbst ausfüllen, wollte er die Obersekunda des rheinischen Gymnasiums erreichen.

Er konnte dabei ungestört arbeiten. Die Eltern hatten das „Gütle“ verpachtet. Engelbert stand im Felde, der Vater war in der Fabrik un-kömmlich. Frau Renate half den Verwandten, sammelte Ähren. Sie konnte keine Stunde müßig gehen. Wenn sie am Mittag, des Abends heimkehrte, saß Jörg hinter den Büchern. Oft sagte die Mutter: „Jung, du übersteigst dich ganz mit deinem vielen „Sieren“. Was brauchst du so viel zu lernen. Hauptsach ist, daß du 'n frommer Ordensmann wirst. Verdienst dich bloß an dem heidnischen Zeug!“

Jörg ließ sich seine Freude am Studium nicht nehmen; war er doch das Einzige, das ihm geblieben war. Er wollte sich immer mehr vertiefen in die Geschichte der Menschheit, wollte Nor und Elend seines Volkes kennenlernen. Das eigene Leid, der eigene Kummer mußten ihm gering erscheinen über der Schicksalsnot von Millionen. Der Vater hatte ihm die „Geschichte der Päpste“ zu lesen gegeben. Wenn dem Jungen der Kopf so sehr schmerzte von algebraischen, trigonometrischen Formeln, von Cicero und Vergil, dann nahm er einen Stuhl, setzte sich in den kühlen Schatten des alten Birnbaumes und las, während von Zeit zu Zeit die reifen Frühbirnen mit dumpfem Aufschlag ins Gras fielen.

Frühwält hatte in der Geschichte von den Päpsten der Renaissance gehört, von ihrer Prachtentfaltung, ihren Bauten gelesen. Schon früher hatte er erkannt, daß diese Männer sich in erster Linie als Fürsten, Herrscher über Untertanen fühlten, daß sie, die Nachfolger des „Arztes der Armen“, vergessen hatten, daß sie die Menschen zum Seelenheil anstatt in Kriege hüten führen sollten. Nun las Jörg von der Stenverderbois in Rom. Heiß durchfuhr es ihn. Das waren Christi Stellvertreter? — Wenn schon dieser katholische Vornehm so deutliche Sprache führte, wie mußte es in Wirklichkeit um die Kirche bestellt gewesen sein! Hatten dann die Reforma-

toren, hatte Luther nicht allen Grund gehabt, als er gegen solche Kirchenzustände aufschrie? ...

Voller Schrecken klappte Frühwält das Buch zu. Wie durfte er sich sündhafte Gedanken hegen! Was wußte er, ein dummes Junge, von jenen Zeiten? ... Vielleicht hatte Mutter nicht so unrecht, als sie vor „schlechten“ Büchern warnte. Sie konnten am Glauben irre machen, zu gefährlichen Zweifeln verführen, ihn, der doch ins Kloster wollte! — Sollte sein Grübeln bereits wieder anfangen, die mühsam erstrungene Ruhe von neuem zerbröckeln? — „Weshalb soll ich nicht auch zu anderen Büchern greifen?“ wehrte sich der unstillbare Drang zur Klarheit der Erkenntnis, „warum soll ich nicht wissen, wie's im Leben, in der Geschichte der Menschheit zugeht? Weshalb wird man immer gewarnt vor schlechten Büchern? Wahrlich eine bequeme Art, gewisse Dinge zu verschweigen!“

Jörg mußte der Abschiedsworte seines Klassenlehrers gedenken. Er hatte ihn, den schüchternen Konvikter, zu Kaffee eingeladen, ihm freundliche Ratschläge erteilt, dann plötzliche seine Hände ergrißen: „Sie werden's nicht leicht haben im Kloster, Frühwält! Sie fragen zu oft: „Was um?“ Ein letztes muß ich noch sagen, raten für Ihre Zukunft! Welchen Beruf Sie auch wählen mögen, werden Sie niemals Fanatiker! Menschen zu verurteilen ist ein Leichtes, sie zu verstehen, einseitige Pflicht!“

Der Münchener Schnellzug fuhr dröhnend in den Ulmer Bahnhof ein. Grimmig stieß die Maschine ihre Dampfvolken zur Decke, als ihr die Bremsen in den Rücken sprangen.

Jörg Frühwält keuchte mit seinem Koffer zum Frankfurter Wagen, erwachte einen Fensterplatz. Einige ältere Herren schauten noch ins Abseil. Umständlich steckten sie ihre Zigarren in Brand, unterhielten sich echt schwäbisch über die Kriegslage. Einer schaltete sich breit vor das Fenster, blickte dem Treiben auf dem Bahnsteig zu. Dort stand ein Transportzug mit Artillerie zur Abfahrt bereit. Frühwält erhaschte noch ein Zipfelchen vom Fenster. Letztes Signal zum Einsteigen wurde geblasen. Die Soldaten verschickten sich von den Angehörigen. Jörg wuschte sich erregt ab. Ihn hatte man auch einmal geküßt. Damals in den Ferien, als er das erstmal Magdalene besuchte, hatte ihn die sechzehnjährige Emma Hensel beim Abschiede auf die Wangen geküßt. Wie braune ihn jener Küß, bis er's endlich gebiecher hat! Da draußen waren viele, die sich küßten, glaubten nicht Sünde ...

Der Schnellzug fuhr mit großer Verspätung ab. Frühwält kramte in seiner Brieftasche, zählte verstohlen die Geldscheine, zog einen Brief heraus. Kurz vor seiner Abreise hatte er in Husingen noch eine Nachricht erhalten: Willi Fock kam ebenfalls nach Oberhofen,

sollte mit ihm die Aufnahmeprüfung ablegen. Eigentlich hätte sich Frühwält freuen sollen, den alten Kameraden wieder um sich zu haben. Hatte er bloß nicht immer daran denken müssen, daß sich Burg in Oberhofen befand. Ob der auch am Rheine als Musterschüler galt, ebenfalls geheime Aufsicht führte über die kleine Schär? ... Die behäbigen Würtemberger, die von der Kriegslage zur „Malerakademie“ übergegangen waren, verließen in Stuttgart das Abseil. Neue sorgenvolle Menschen nahmen ihre Plätze ein. Frühwält ging im Seitengänge auf und ab. Seine Glieder waren vom Sitzen lahm geworden. Er fühlte sich müde, hatte schon sehr frühe aufstehen müssen, um den Ulmer Schoellzug zu erreichen.

Kaum daß er der Mutter die Hand gereicht hatte, als der Zug schon abfuhr. Vater sah er gesehnt mehr, man hatte ihn wieder mal mitten in der Nacht zur Fabrik geholt. „Sollst brav bleiben, soll ich vom Vater sagen“, bestellte die Mutter als Abschiedsgruß ... Als ob der Vater daran zweifelte! Weshalb hatte er in den letzten Wochen so wenig mit ihm gesprochen? ... Die Mutter, ja, die war freundlicher geworden, seit sie bestimmt wußte, daß er wieder ins Kloster ging, seit die Kottenfrage geregelt war. Warum verwehrt der Vater den Zugang; was er mit seinem Vorhaben nicht einverstanden? Kein Wort über die bevorstehende Abreise hatte er erwähnt. Nur einen langen, prüfenden Blick hatte Jörg oft gespürt, wenn er hinter seinen Büchern saß in der kühl'n Stube, während der Vater im „Sorgenstiel“ von der Arbeit ausraste ...

„Grüß Gott, Jörg! Hurrah, da bist du!“ tief strahlend Willi Fock fiel dem Freunde stürmisch um den Hals. Frühwält schloß ihm herzlich die Hand, brach in ersten Augenblicke kein Wort über die Lippen.

„Ja, ich bin's, was schaut so? Hatte keine Ahnung, daß du im Zuge warst, hätte alle Wagen abgesehen! Bin schon einige Tage hier, die andern haben noch Ferien. Mußte heute früh mit P. Quadrian nach Geisenheim raus, beim schwitzen Ge. sich helfen ... Jörg, mach nur die Augen auf, wir sind am schönen Rhein, da kann sich Wasserhau einpacken lassen, das wird fein hier, Jung, wirst schon sehen!“

Er war sich gleich geblieben, der alte Freund, der immer zu lachen, zu scherzen verstand, in guten wie in schlechten Tagen. Sie schritten durch eine gepflasterte Gasse des rheinischen Weindorfes. Fock hing sich ein, zog Jörg nach rechts: „Komm, wir gehen die Rheinpromenade entlang!“

Ein großer Rheindampfer fuhr vorbei. Musik, helles Lachen klang herüber. Die Holländer hatten trotz eintreibungsreicher Kriegszeit noch feine Küche an Bord. Der Dampfer war voll besetzt — frohen, schmunzelnden Menschen.

Welt werde der Mensch für diese Welt geschwächt. Die Religion sei eine Trösterin für den Schwachen.

Was kann man dazu sagen? Es ist viel Richtiges darin. Die „Religion“ ist ganz gewiß für viele zu einer sentimentalen Angelegenheit geworden. ... Hat nicht gerade das Abendland in seiner reinen „Gesellschaftlichkeit, in der übertriebenen Betonung der Eigenständigkeit der Mannigfaltigkeiten des Lebenswollens der Gesellschaft maßlos gesündigt? ...

Kein Mensch wird leugnen, daß die Zeit der Wende gekommen ist und daß es so nicht sehr viel weitergehen kann. Ist das denn noch Ordnung zu nennen, was sich heute abspielt in der Welt? Die Natur bringt Getreide hervor in einer Menge, daß alle Menschen mehr als satt werden können davon, aber der Preis für das Brot sinkt nicht, während Millionen hungern und verhungern. ...

Kein Mensch wird leugnen, daß die Zeit der Wende gekommen ist und daß es so nicht sehr viel weitergehen kann. Ist das denn noch Ordnung zu nennen, was sich heute abspielt in der Welt? Die Natur bringt Getreide hervor in einer Menge, daß alle Menschen mehr als satt werden können davon, aber der Preis für das Brot sinkt nicht, während Millionen hungern und verhungern. ...

Kein Mensch wird leugnen, daß die Zeit der Wende gekommen ist und daß es so nicht sehr viel weitergehen kann. Ist das denn noch Ordnung zu nennen, was sich heute abspielt in der Welt? Die Natur bringt Getreide hervor in einer Menge, daß alle Menschen mehr als satt werden können davon, aber der Preis für das Brot sinkt nicht, während Millionen hungern und verhungern. ...

Kein Mensch wird leugnen, daß die Zeit der Wende gekommen ist und daß es so nicht sehr viel weitergehen kann. Ist das denn noch Ordnung zu nennen, was sich heute abspielt in der Welt? Die Natur bringt Getreide hervor in einer Menge, daß alle Menschen mehr als satt werden können davon, aber der Preis für das Brot sinkt nicht, während Millionen hungern und verhungern. ...

Zusammenordnung der Völker. Es gibt nichts in der Welt, was durch seinen übernationalen Charakter so sehr geeignet wäre, die Völker zu umarmen und sie geistig darauf vorzubereiten und zu jener Freiheit zu erziehen, die zur Verwirklichung dessen notwendig ist, was auch im tiefsten Sinne in der Entwicklung liegt, die sich in Rußland anbahnt. ...

Es würde aber gar keinen Sinn haben, etwa eine Gruppe katholischer Kommunisten zu bilden, wie man eine Gruppe katholischer Sozialisten kennt, sondern es ist Aufgabe des lebendigen Christen, sich mitten in das wogende Leben des Kommunismus hineinzustellen. ...

Es würde aber gar keinen Sinn haben, etwa eine Gruppe katholischer Kommunisten zu bilden, wie man eine Gruppe katholischer Sozialisten kennt, sondern es ist Aufgabe des lebendigen Christen, sich mitten in das wogende Leben des Kommunismus hineinzustellen. ...

Es würde aber gar keinen Sinn haben, etwa eine Gruppe katholischer Kommunisten zu bilden, wie man eine Gruppe katholischer Sozialisten kennt, sondern es ist Aufgabe des lebendigen Christen, sich mitten in das wogende Leben des Kommunismus hineinzustellen. ...

Es würde aber gar keinen Sinn haben, etwa eine Gruppe katholischer Kommunisten zu bilden, wie man eine Gruppe katholischer Sozialisten kennt, sondern es ist Aufgabe des lebendigen Christen, sich mitten in das wogende Leben des Kommunismus hineinzustellen. ...

Es würde aber gar keinen Sinn haben, etwa eine Gruppe katholischer Kommunisten zu bilden, wie man eine Gruppe katholischer Sozialisten kennt, sondern es ist Aufgabe des lebendigen Christen, sich mitten in das wogende Leben des Kommunismus hineinzustellen. ...

Es würde aber gar keinen Sinn haben, etwa eine Gruppe katholischer Kommunisten zu bilden, wie man eine Gruppe katholischer Sozialisten kennt, sondern es ist Aufgabe des lebendigen Christen, sich mitten in das wogende Leben des Kommunismus hineinzustellen. ...

Was die äußere historisch gewordene Form der Kirche angeht, so sollen wir uns nicht die größte Sorge haben, so bedeutungsvoll sie ist. Die seitlich und räumlich veränderlichen Formen sind ja nicht da, um zu bleiben, sie müssen vergehen, zuweilen sogar gel. ...

Es ist darum unsere Aufgabe, uns auf die große Begegnung immer mehr in dem angedeuteten Sinne vorzubereiten, damit wir den Dienst tun können, den Christus von uns verlangt, nämlich jenen Dienst, den er selber von uns Menschen getan hat. ...

Es ist darum unsere Aufgabe, uns auf die große Begegnung immer mehr in dem angedeuteten Sinne vorzubereiten, damit wir den Dienst tun können, den Christus von uns verlangt, nämlich jenen Dienst, den er selber von uns Menschen getan hat. ...

(Nikolaus Ehlen, der Spitzenkandidat der früheren Christlich-sozialen Reichspartei im Wahlkampf 1932, nimmt hier als Christ und Katholik zu Rußland Stellung. ...)

(Nikolaus Ehlen, der Spitzenkandidat der früheren Christlich-sozialen Reichspartei im Wahlkampf 1932, nimmt hier als Christ und Katholik zu Rußland Stellung. ...)

(Nikolaus Ehlen, der Spitzenkandidat der früheren Christlich-sozialen Reichspartei im Wahlkampf 1932, nimmt hier als Christ und Katholik zu Rußland Stellung. ...)

(Nikolaus Ehlen, der Spitzenkandidat der früheren Christlich-sozialen Reichspartei im Wahlkampf 1932, nimmt hier als Christ und Katholik zu Rußland Stellung. ...)

(Nikolaus Ehlen, der Spitzenkandidat der früheren Christlich-sozialen Reichspartei im Wahlkampf 1932, nimmt hier als Christ und Katholik zu Rußland Stellung. ...)

(Nikolaus Ehlen, der Spitzenkandidat der früheren Christlich-sozialen Reichspartei im Wahlkampf 1932, nimmt hier als Christ und Katholik zu Rußland Stellung. ...)

Brünings politischer Bankrott.

Trotz Hungersteuern und Wucherzölle 1¼ Milliarden Defizit.

Kurz vor der Abreise der deutschen Delegation zur 63. Tagung des Völkerbundesrates und der Tagung des Europäischen Studienkomitees müssen Brüning und Dietrich die für sie katastrophale Feststellung machen, daß ihre gesamte Politik seit dem vergangenen Sommer auf der ganzen Linie Schiffbruch erlitten hat.

Wie es vorauszu sehen war, so ist es gekommen. Die Einkünfte aus den Steuern blieben weit hinter den Voranschlägen zurück. Die Massen können einfach nicht mehr Steuern zahlen, während die Millionäre mit ihrem Kapital rechtzeitig ins Ausland geflüchtet sind, trotzdem sie es gar nicht notwendig hatten, da die Steuerpolitik Brüning's und Dietrich's sich nur gegen die werktätigen Massen und den verarmten Mittelstand richtet. ...

Es bleibt das Geheimnis der sozialdemokratischen Abgeordneten und des sogenannten Steuersachverständigen der SPD, Dr. Hertz, wie er angesichts dieser Lage von neuen Steuererhöhungen, auch für die werktätigen Massen, sprechen könnte.

Was hat man alles in den letzten Wochen über die „Rettung“ der Finanzen und des Staates seitens „unserer“ Minister geredet. In reichem Maße wurden Vorschläge geäußert an den neuen „Bismarck“ Brüning ausgeteilt. ...

Wie der preussische Finanzminister Dr. Höpker-Aschoff erklärte, beträgt das Gesamtdefizit Preußens 150 Millionen Mark. Die Steuereingänge sind um 100 Millionen Mark zurückgegangen, da das Reich 80 Millionen Mark weniger an Preußen überwiesen hat.

Millionenpleite auch in Preußen.

Wie der preussische Finanzminister Dr. Höpker-Aschoff erklärte, beträgt das Gesamtdefizit Preußens 150 Millionen Mark. Die Steuereingänge sind um 100 Millionen Mark zurückgegangen, da das Reich 80 Millionen Mark weniger an Preußen überwiesen hat.

Panzerkreuzer „Deutschland“.

Der Hermann Müller-Panzerkreuzer, der am 19. Mai vom Stapel läuft, wird vom Reichspräsidenten auf den Namen „Deutschland“ getauft werden. ...

12. Kapitel.

Frühwald wurde zum Präfekten gerufen. P. Ludegar, eine eindrucksvolle Erscheinung, arbeitete am Predigtstisch für den kommenden Sonntag. ...

P. Ludegar war beauftragt, den ersten Versuch, zukünftigen Ordensmännern eine wissenschaftliche Ausbildung anzubieten zu lassen, durchzuführen. ...

Vor Übernahme des neuen Auftrags hatte P. Ludegar einen ausführlichen Plan ausgearbeitet, wie durch besondere, religiöse Übungen u. Seelenführung ewigw. dem Ordensgeist angestimmte weltliche Einflüsse wirkungslos gemacht werden könnten. ...

Dem Präfekten war nicht entgangen, daß der neue Zögling wenig Freude über seine Ankunft in Oberhofen zeigte. ...

„Guten Morgen, P. Präfekt!“ grüßte Jörg unbefangen bei seinem Eintritte. Ein empörter Blick traf ihn. „Du hast wohl vergessen, Frühwald, wie man ihm Kloster zu grüßen pflegt. ...“

Durch's geöffnete Fenster grüßte das Rauschen des Rheines. Drähte klirrten in spitzem Zusammenschlagen, als das Vorsignal gestellt wurde. ...

„Zögling Frühwald, wir befinden uns im Kloster, hier läßt man die Augen nicht überall umherwandern. ...“

„Wie kommt es, daß du im Januar nicht ins Kloster zurückkehrst?“ Frühwald erbleichte, krampfte die Finger in den Türhaken. ...

P. Ludegar machte sich an seiner Kutte zu schaffen; diese Gegenfrage paßte nicht recht in seine Absichten. ...

Frühwald griff zur Klinke. Eine empörte Handbewegung des Präfekten befahl zu bleiben. „Du bist wohl von Sinnen, wer hat dir ge- sagt zu gehen? ...“

„Haare schneiden; Kartoffeln schälen!“ — wenn mich da hier aus dem Halbhendorfer Konvikt erblicken könnte, das hätte ich für einen ganz neuen Monat!“ lachte Frühwald voll Be- keit, als er die Treppen hinunterstieg. (Fortsetzung folgt.)

hätte sich ...

Verträumt blickte Frühwald auf das ungewohnte Bild eines rheinischen Abends. Schmucke Motorboote, Kähne mit flinken Rudern kreuzten auf dem Strome. ...

Fock rief den Freund aus seinen Träumen: „Wir müssen uns beeilen, daß wir zur Abendandacht kommen. ...“

„Jörg, was fehlt dir, du hast noch nicht ein Wort gesprochen!“ Frühwald zwang sich zu einem Lächeln, als er erwiderte: ...

Bleierne Gewichte hingen sich an seine Felsen wilder, heftiger Klopfe das Herz, als sie sich dem Kloster näherten. ...

Wahender Windstoß schloß dröhnend das Tor. Lohend durchschauete Frühwald eine Erkenntnis: „Nie find ich Frieden hier!“ ...

Bald kniete Frühwald mit Fock als Ministrant am Altare. Alle Stimmen waren still geworden in ihm. ...

immer zu ...

Wen will der Vorwärts betrügen?

Kommt Hitler zur Verfassung, oder die Verfassung zu Hitler?
Der neue Legalitätsschwur Hitlers vor der Berliner Strafkammer findet beim „Vorwärts“ wahre Begeisterung. In seinem Bericht heißt es:

„So steht der Mann vom Bürgerbräukeller, der Held des Operetten-Putsches von 1923 vor einer Berliner Strafkammer und schwört grandios auf seine Legalität. Vom Köpferrollen ist keine Rede — die Erziehung zur Legalität macht Fortschritte. Es ist in der Tat eine Erziehung: die Macht der verfassungsmäßigen Zustände wirkt auf ihn. Ihre Stärke läßt ihm den Putsch als ein aussichtsloses Mittel erkennen. Die Erziehung ist so stark, daß er sich nun zur Revolution der Köpfe bekennt — was bekanntlich das Wesen der Demokratie ausmacht.“

So, jetzt wissen es die Arbeiter. Wir sind allerdings der Meinung, daß eine solche Darstellung der Dinge eine mehr als grobe Täuschung der Arbeiterschaft ist. Wenn Hitler das Putschen sein lassen und sich koalitionsfähig machen will, so nicht deshalb, weil die Weimarer Verfassung ihn dazu erzogen hat, sondern weil in den letzten Monaten die reaktionäre Entwicklung in Deutschland Hitlers Plänen entgegenkommt und er garnicht zu putschen braucht, um den Einfluß seiner Bewegung zu verstärken. Nicht Hitler kommt zur Verfassung, sondern die Verfassung kommt zu Hitler. Nicht Hitler wird von der Republik erzogen, sondern die sozialdemokratischen Führer werden von Brüning und Hitler dazu erzogen, Stück für Stück alles das aufzugeben, was sie einst als unerschütterlich und unverletzbar erklärten. Die Politik des „kleinen Übels“, die auf dem Leipziger Parteitag der SPD. programmatisch vertieft werden soll, ist doch die von den SPD-Führern selbst anerkannte Kapitulationstheorie vor dem Faschismus.

Diese Zusammenhänge müssen der Arbeiterschaft angesichts des neuen Geschreis von Hitlers „Legalität“ im Interesse der Klärung im Lager der Arbeiterklasse überall aufgezeigt werden.

Der Brotpreisskandal.

Wer glaube noch Schiele's Versprechungen? — Lohnabbau im Bäckergewerbe, bisher das einzige Ergebnis. — Ein SPD-Blatt zur Verhinderung der Reichstagsberufung.

Die am Freitag stattgefundenen Verhandlungen zwischen Schiele und dem Bäckergewerbe, die nun endgültig die Herabsetzung des Brotpreises bringen sollten, sind ohne Ergebnis abgebrochen worden. Es wird weiter verhandelt, während die Werkstätten Tag für Tag den Wucherpreis auf das tägliche Brot für die Zollpolitik der Brüning-Regierung bezahlen müssen.

Vor dem Schlichtungsausschuß Groß-Berlin, forderten die Bäcker, daß von den Wochenlöhnen der Gesellen, die jetzt 58, 55 und 51 Mark ohne Abzüge betragen, 3 Mark gekürzt werden. Gleichzeitig wurde die Aufhebung des Nachbackverbots gefordert und die Verkürzung des Urlaubs, der im Höchstfall bisher 9 Tage beträgt, um 2 Tage verlangt. Bisher wurde noch keine Entscheidung gefällt, aber man sieht schon, in welche Richtung der Kurs geht und auf wessen Kosten eine vielleicht doch noch zu erwartende Herabsetzung des Brotpreises durchgeführt werden soll.

Die „Chemnitzer Volksstimme“ der SPD. polemisiert gegen den Sozialdemokratischen Pressedienst, der in einem Artikel geschrieben, daß die von den Kommunisten geforderte Einberufung des Reichstages schon deshalb nicht notwendig sei, weil die SPD. in starrer direkter Fühlung mit der Regierung stehe. Trotzdem müßte man der Entwicklung der Dinge pessimistisch gegenüberstehen. Dazu schreibt die Chemnitzer Blatt:

„Wenn auch der Pressedienst keine Hoffnung hat, daß die von der Reichsregierung getroffenen Maßnahmen eine Wiederherstellung des alten Brotpreises herbeiführen, wozu die Regierung verpflichtet ist, dann ist es wohl richtig, ihr einmal von öffentlicher Tribüne aus den Marsch zu blasen und ihr die ganzen Gefahren vor Augen zu führen, die sie durch ihre Agrarpolitik für die deutsche Bevölkerung heraufbeschwört.“

Das eben müßte die in direkter Fühlung mit Brüning stehende SPD. verhindern. Das Volk muß beruhigt werden. Die Reichstagsberufung ist in dieser Situation des vollendeten Bankrotts der ganzen Brüningpolitik zu gefährlich. Deshalb die Verhinderung der Reichstagsberufung durch die Sozialdemokratie.

Positives, praktisches Christentum!

In einem Dorfe des fromm-christlichen Paderbörner Landes war Zwangsversteigerung. Nichts ungewöhnliches heutzutage. Eine Witwe eines Bauern wurde leergepfändet. Auch nichts ungewöhnliches heute. Wegen rückständiger Steuern und Zinsen. Alles heute nichts ungewöhnliches mehr. Ungewöhnlich fand ich nur, daß so viel Volk da zusammenströmte. Darum stelle ich einen mir bekannten Mann, der als besonders fromm im Dorfe gilt, zur Rede: „Wie könnte Ihr nur?! — Da ist in Euerm Dorfe einer in Not; am Versinken! — Die Staatlichen bringen ihn um. Dazu noch eine Witwe! Und Ihr seid doch Christen! — Und sagt nicht Euer Christus: Wo nur einer in der Gemeinde Not leidet, da bin ich, Christus, nicht in der Gemeinde! — Mein Gott! Wie könnt Ihr nur?!“ — Und bekam zur Antwort: „Jajo, — Dat is ja wohl wahr, — dat is ja richtig. — Richtig is dat ja wohl alles, — aber... — Aber, Da kannete billig wat schnappen!“

Heinrich Dolle, im Heilgrund zu Kleinenberg bei Scherfede/Westfalen.

Kannst Du schon den Samariter?
Bist Du schon Mitglied?
Hast Du schon für Hessonthal etwas gegeben?
Wende Dich heute noch an den „Barmherzigen Samariter“, Volkertshausen/Baden.
Postcheckkonto Karlsruhe 19450

Wirtschaftsnotizen.

Die Wirtschaftskrise in Deutschland.

In Düsseldorf fand eine Sitzung der Rohstoffabgabegemeinschaft statt, in der die Marktlage besprochen wurde. Es kam zum Ausdruck, daß das In- und Auslandsgeschäft nach wie vor sehr ungünstig liegt. Die Saisonbelegung in diesem Frühjahr sei außerordentlich schwach. Die Exportpreise hätten einen solchen Tiefstand erreicht, daß die Deutsche Eisenindustrie ihr Interesse am Export weitgehend verloren hätte.

Wenn man davon absieht, daß solche Unternehmerklagen mit dem Zweck verfolgen, den Lohnraub wirtschaftspolitisch zu begründen, so ist doch unverkennbar, daß der Silberstreifen am Horizont der Wirtschaftskrise ausbleibt. Alle Anzeichen deuten darauf hin, daß wir in diesem Herbst und Winter einer weiteren Verschärfung der Krise entgegengehen.

Kein Konjunkturaufschwung.

Saisonmüßiger Rückgang der Arbeitslosigkeit.

Nach dem Bericht der Reichsanstalt der Arbeitslosenversicherung ist die Zahl der Arbeitslosen in der Zeit vom 16. bis 30. April um rund 240 000 zurückgegangen. In der Krisenfürsorge ist ein Zuwachs von 12 000 zu verzeichnen. Der Bestand der gezahlten Arbeitslosen beträgt noch immer 4 389 000. Nicht gemeldet sind diejenigen, die in derselben Zeit aus der Versicherung ausgeschieden sind und den Wohlfahrtsämtern überwiesen wurden. Es handelt sich hier nur um einen geringfügigen saisonmäßigen Rückgang. Anzeichen einer ansteigenden Konjunktur sind nicht vorhanden.

Russenaufträge an der Profitsucht der deutschen Unternehmer gescheitert.

Wie oben bekannt wird, sind die in Düsseldorf stattgefundenen Verhandlungen zwischen den Vertretern der Sowjetunion und den

Vertretern der deutschen Großeisenindustrie über die Lieferung von Walzwerkzeugnissen gescheitert, weil die deutschen Unternehmer zu unverschämten Preisen forderten. In eingeweihten Kreisen glaubt man, daß die Russen nunmehr ihre Bestellungen in anderen Ländern machen.

Wir täuschen uns sicher nicht, wenn wir voraussagen, daß die SPD-Pressen vorbehalten bleiben sein wird, die Schuld für das Scheitern nicht etwa den deutschen Unternehmern, sondern der Sowjetunion zuzuschreiben, mit der Begründung, Moskau will die deutschen Löhne drücken. Das kennt man ja schon aus früheren Fällen. Man braucht sich aber nur die Dividendenabschlüsse der deutschen Großindustrie anzusehen, um zum Überfluß festzustellen, daß nur die raffgierige Profitsucht der deutschen Arbeiter daran schuld ist, wenn die deutschen Arbeiter dadurch Arbeit und Brot verlieren. Es ist aber Zeit, daß die deutschen Arbeiter selbst die Herren werden und die Betriebe im revolutionären Kampf den Kapitalisten entreißen, damit die Schranken fallen, die die solidarische Zusammenarbeit zwischen dem deutschen und russischen Proletariat bisher verhindert.

S-O-S-Ruf aus Newyork.

Für die sich weiter verschärfende Wirtschaftskrise in den Vereinigten Staaten ist die soeben erfolgte Herabsetzung des Diskontsatzes von 2 auf 1½ Proz. ein Alarmglocke. Damit ist der tiefste Punkt erreicht.

Diese Verhüllung des Geldes in der stärksten Kapitalmacht der Welt hat seine Ursache in den nicht erfüllten Hoffnungen auf eine Abwägung der Wirtschaftskrise im Frühjahr. Die Aktienkurse sind in keinem Land so tief gestürzt wie in Amerika, nämlich um 62 Prozent. Die Newyorker Börse meldet weiteres Fallen der Kurse aller Papiere. Panischer Schrecken hat die Börsenjobber und Industriellen erfaßt. Neue Bankrotte werden erwartet. Gleichzeitig strömt französisches Kapital ins Land ein. Das alles hat die Bankkönige veranlaßt, den Diskontsatz herabzusetzen. Man rechnet damit, daß nunmehr auch Frankreich und England und später auch Deutschland folgen werden.

Wie steht es mit der Krankenscheingebühr bei Familienangehörigen der Erwerbslosen.

Bei Beratung des Arbeitsetats im Reichstag wurde nach Ablehnung des kommunistischen Antrages auf völlige Aufhebung der Krankenscheingebühr eine Entschließung angenommen, in der die Regierung aufgefordert wurde, die Befreiung von dieser Gebühr auch auf die Familienangehörigen der Erwerbslosen, Sozial- und Kleinrentner, Krisen- und Wohlfahrtsunterstützungsempfänger auszuweiten. Die Regierung hat bisher noch nichts unternommen, obwohl sie Zeit genug hat, neue Novellen zur Terrorisierung der Arbeiterschaft und zur Vertreibung der wichtigsten Lebensmittel durchzusetzen.

Um die Regierung zu einer Stellungnahme zu zwingen, reichte die kommunistische Reichstagsfraktion nachstehenden Antrag ein:

Bei der Verabschiedung des Etats des Reichsarbeitsministeriums für das Rechnungsjahr 1931 wurde die Regierung durch eine Entschließung (Drucksache Nr. 894 IIa), die im Plenum des Reichstages angenommen wurde, aufgefordert, abhald eines Gesetzesentwurfes vorzulegen, der nachstehende Änderungen der R.V.O. verlangt:

- 1. Von der Entrichtung des Arztekostenanteils und der Krankenscheingebühr werden befreit:
- 1. die Familienangehörigen der im § 182 b, Abs. 2 der Reichsversicherungsordnung aufgeführten Personengruppen;
- 2. Lehrlinge ohne Entgelt;
- 3. die Jugendlichen, die infolge des § 87, Abs. 2 des AVAVG. keine Arbeitslosenunterstützung beziehen;
- 4. die nach den Vorschriften des Gesetzes über Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung unterstützungsberechtigten Arbeitslosen während der Wartzeit.

Trotzdem in letzter Zeit unter dem Druck der anhaltenden Massenarbeitslosigkeit, der katastrophalen Herabsetzung der Löhne, des Abbaues der Renten- und Wohlfahrtsunterstützungen der gesundheitliche Stand der werktätigen Schichten sich gewaltig verschlechtert, werden die Armen der Armen, die Angehörigen der Sozial- und Kleinrentner, Erwerbslosen, Krisen- und Wohlfahrtsunterstützungsempfänger weiterhin zur Entrichtung dieser für sie untragbaren Gebühr gezwungen.

Zur Beseitigung dieses völlig untragbaren Zustandes für Gesundheit und Leben des werktätigen Volkes hat die Regierung trotz des Mehrheitsbeschlusses des Reichstages bisher keinen Schritt unternommen.

So ist die Vorlage eines Gesetzes zur Neufassung der R.V.O. nicht erfolgt, obwohl schon eine Änderung der Ausführungsbestimmungen zur R.V.O. durch die Regierung genügt, um die Befreiung der Familienangehörigen festzustellen. Wir erinnern an die Tatsache, daß nach dem Erlass der Novellverordnung vom 1. 12. 1930 ein großer Teil der Krankenkassen von sich aus dazu überging, den Familienangehörigen der im § 182 b genannten Gruppen die Befreiung zukommen zu lassen. In dem Erlass des Reichsarbeitsministers vom 9. 12. 1930 wurde eine solche Befreiung ausdrücklich aufgehoben und verboten.

Wir fragen deshalb die Regierung, ob sie bereit ist, umgehend folgende Maßnahmen durchzuführen:

- 1. durch Erlass zu den Ausführungsbestimmungen der R.V.O. zu verfügen, daß sofort die Familienangehörigen, wie sie in der eingangs erwähnten Entschließung des Reichstages festgelegt sind, unter die Befreiung von der Arznt- und Krankenscheingebühr fallen;
- 2. daß umgehend die Vorlage eines Gesetzes auf Änderung der R.V.O. erfolgt mit dem Ziele der Erweiterung der Befreiung, wie das in der Entschließung des Reichstages zum Arbeitsetat vom 25. März 1931 verlangt wird.

Alarm für sämtliche Kommunalvertreter in Westfalen und Reich.

Auf einer Tagung der westfälischen Fürsorgeverbände in Dortmund, an der 58 Vertreter teilnahmen, haben sich 53 derselben für eine Senkung der Fürsorgegerichtsätze ausgesprochen und nur 5 dagegen. Jeder, der mit den Armen der Armen fühlt, weiß, was das bedeutet. In den nächsten Wochen werden die Verwaltungsbürokraten mit allen Mitteln versuchen, an den Hungergroschen noch weitere Ersparnisse zu machen, um einem bankrotten System für einige weitere Wochen Lebensmöglichkeit zu geben.

Die Zeit, wo wir die Existenzberechtigung unserer Partei nachzuweisen haben, ist gekommen.

Wir stehen heute in Deutschland wirtschaftlich da, wo wir im Frühjahr 1918 militärisch standen, d. h. kurz vor dem Zusammenbruch, und unsere heutigen Machthaber versuchen, mit denselben Mitteln und denselben Gesinnungslosig-

keit, den unausbleiblichen Tag der Abrechnung hinauszuschieben. Das Volk soll geopfert werden, einerlei, ob es sich dabei um Hunderttausende handelt oder Millionen.

Dem haben wir uns entgegenzustellen!

Sofort haben sämtliche Kommunalvertreter die Verbindung aufzunehmen mit den Vorständen aller jener Verbände, die sich die Wahrung der Interessen der Minderbemittelten zur Aufgabe gestellt haben (Reichsbund der Kriegsbeschädigten, Verband der Kriegsbeschädigten, Verband der Arbeitsinvaliden etc.). Überall sind Aktionsausschüsse zu bilden, um so geschlossen den Behörden gegenüberzutreten zu können. Wo es angebracht und erfolgversprechend ist, ziehe man die Führer der Arbeitervereine mit hinzu. Wir haben nicht die Partei zu sehen, sondern den Abwehrkampf zu organisieren und dann gleichzeitig zur Offensive überzugehen.

Im Kreise Lippstadt ist die Einheitsfront aller Verbände innerhalb vier Tagen gebildet worden und die ersten handgreiflichen Erfolge des Aktionsausschusses liegen darin, daß bereits die ersten Entschließungen kommunaler Verbände, die sich gegen eine Senkung der Fürsorgegerichtsätze wenden, dem Kreisaußschuß, der darüber zu befinden hat, zugeleitet worden sind.

Weitere Anweisung ergeht in der nächsten Nummer des „Neuen Volkes“.

Der Landesvorstand von Westfalen erwartet von jeder Vertreter, daß er seine Pflicht tut und wo solches nicht der Fall sein sollte, wird er unachtsichtig vorgehen.

L. A.: Fr. Kleffmann, Landesvorsitzender, Entschließung.

Die Amtvertretung des Amtes Anröchte hätte den Kreisaußschuß, trotz der ungeheuer gestiegenen Fürsorgekosten von einer Senkung der Fürsorgegerichtsätze abzusehen, weil sie darin nicht den geeigneten Weg sieht zur Sanierung der Gemeindefinanzen. Der Kommunen sind eben Lasten auferlegt, die zu tragen Sache des Reiches und der Länder ist, da nur sie allein die Machtmittel in der Hand halten, die Auswüche des heutigen Wirtschaftsystems zu verhindern.

Eine weitere Senkung der im hiesigen Amte bisher üblichen Richtsätze würde zu immer größerer Verelendung führen und namenlose Verbitterung heraufbeschwören, und, da von einer Preislenkung kaum etwas zu merken ist, die Konsumfähigkeit noch weiter vermindern.

Zudem ist es heute mehr denn je an Platze, alles zu vermeiden was die sozialen Spannungen noch vergrößert, wofür nicht ernst genug hingewiesen werden kann.

Die Amtvertretung sieht den einzig richtigen und möglichen Weg in entsprechender Hilfe durch Reich und Land sowie seitens der Kommunen in Beschaffung von Arbeitsmöglichkeiten, soweit dieselben sich produktiv auswirken und Mittel dazu vorhandens sind.

Vorstehende Entschließung wurde mit übergroßer Mehrheit angenommen. Sie war von den sechs Vertretern unserer Partei eingebracht.

Was für Westfalen gilt, gilt gleicherweise für die Gesamtpartei im Reich, für alle Vertreter, für alle Gruppenleitungen, für jedes Mitglied und für jeden Genossen. Das Wort von der Einheitsfront muß Wirklichkeit werden. Der Entscheidungskampf zwischen den werktätigen arbeitenden Massen und zwischen der kapitalistischen Herrschaft mit allen ihren Dienern reift. Arbeitet und rüstet, damit wir den Aufgaben gewachsen sind!

WER HILFT?

Ein Gesinnungsfreund und langjähriger treuer Leser des N. V. (Landwirt), 15 Morgen Feld, mußte durch Unglücksfall auf sein schuldhaftes Anwesen Rm. 3000 als I. Hypothek aufnehmen bei 80% Auszahlung und 12 1/2 Zinsen. Er möchte den Bankvampyr, für den er das ganze Jahr arbeiten muß, abschütteln und ersucht Gesinnungsfreunde um ein Darlehen bei niedrigem Zinsfuß und voller Sicherheit.

Zuschriften unter 500 an DAS NEUE VOLK.

Aus der Bewegung.

Landesverband Baden

Ortsgruppe Karlsruhe. Wir beabsichtigen demnächst eine Reihe hochinteressanter Vorträge bei genügender Beteiligung abzuhalten und laden hierzu alle Freunde und Leser des „Neuen Volkes“ herzlich ein. Schriftliche oder mündliche Anmeldungen sind alsbald an unseren Freund Fr. Barth, Hindenburgstraße 71 zu richten.

Ortsgruppe Hofweier. Am Sonntag, den 10. Mai, fand hier im Gasthaus „Zum grünen Baum“ eine öffentliche Volksversammlung der Arbeiter- und Bauernpartei, christlichradikale Volksfront, statt. Da an diesem Tage noch zwei sonstige unvorhergesehene Veranstaltungen stattfanden, war die Versammlung nicht so stark besucht, wie es sonst in Hofweier üblich war. Doch man konnte mit dem Besuch zufrieden sein. Freund Ebert aus Offenburg schilderte in 15 Minuten Referat die Entwicklung des Kapitalismus in früherer Zeit bis auf den heutigen Tag. Er legte zielklar auseinander, daß geordnete Verhältnisse nur durch die Sozialisierung des heutigen Kapitalismus herbeigeführt werden können, und ermahnte alle, mitzuarbeiten an dem großen Werk der Befreiung des schaffenden Volkes. — Anschließend sprach unser Freund Spitzmüller aus Diersburg. Er widmete seine Worte hauptsächlich der Kommunalpolitik und setzte auseinander, daß eben die Lasten durch die Notverordnungen derart tief in das kommunalpolitische Leben eingriffen, daß sich eine Genesung auf diesem Gebiete nicht zu erwarten sei, wenn das schaffende Volk sich nicht selbst befreit. Beide Referenten die Anwesenden, doch unser Kampfblatt „Das neue Volk“ zu lesen. Die Versammlung nahm ohne Diskussion ein geordnetes Ende.

Volkerthausen. — Am kommenden Sonntag, den 17. Mai, abends 8 Uhr, ist im „Samariter-Saal“ eine Mitglieder-Versammlung der Arbeiter- und Bauernpartei, wozu alle Mitglieder und Leser des N.V. herzlich eingeladen sind. Tagesordnung: Punkt I. Berichterstattung über den Landesparteitag in Offenburg. Punkt II. Unsere kommenden Arbeiten im Kampfe um das Volkswohl. Freunde, seid pünktlich und sorgt für guten Besuch.

Rielasingen. — Am kommenden Sonntag den 17. Mai nachm. 2 Uhr treffen sich im Café Eble, Rielasingen, alle Vertrauensmänner und Mitglieder der Arbeiter- und Bauernpartei von Singen, Rielasingen, Arlen und Umgebung. Es wird Bericht erstattet über den Landesparteitag in Offenburg und Stellung genommen zu unseren kommenden Arbeiten. Auch alle Leser des N.V. und solche, die es werden wollen, sind herzlich eingeladen.

Landesverband Bayern

München. Allen Parteifreunden diene zur Kenntnis, daß sich unser Freund Josef Oswald, München, Torwalderstraße 27, freundlichst bereit erklärt hat, allen Renten-Angelegenheiten, Kranken und Arbeitslosenfragen kostenlos Auskunft zu erteilen.

C. S. J.

Aufruf
An Christlich-Sozialen Jugend Münchens an die Leser des „N. V.“
Vor kurzem haben wir hier die Schaffung einer Jugendgruppe der Arbeiter- und Bauernpartei in Angriff genommen. Über die politische Notlage der Jugend ist Folgendes zu sagen:
Zusammenbruch und Zerfall auf der ganzen Linie, Massenverwerfung und vor allem die große materielle und geistige Not der Jugend sind die typischen Auswüchse dieser kapitalistischen Gesellschaftsordnung. Die Erkenntnis dieser traurigen Tatsachen drängt allen Verantwortungsbewußten die Pflicht auf, die heranwachsende Jugend von den Gefahren der Straße fernzuhalten und ihr zu einer klaren, sittlich reinen Weltanschauung zu verhelfen.
Schickt uns Eueren Jungen und Mädels, damit wir ihnen einen starken, sittlichen Halt innerhalb dieser von Gott verfluchten Gesellschaftsordnung geben können.
Es gilt keine Zeit zu verlieren und das Versäumte endlich nachzuholen. Schickt uns alle jungen Kräfte, vor allem Kräfte aus der Jugendbewegung, die gewillt sind, sich um die rote Fahne mit dem schwarzen Kreuz zu scharen und für einen christlichen Sozialismus zu kämpfen. Erscheint es an unseren Gruppenabenden und überstreicht Euch von der Ehrlichkeit unseres politischen und erzieherischen Willens. Gebt Eueren Söhnen und Töchtern unsere Jugendzeitschrift „Die Junge Tat“ zu lesen. Ihr könnt dieselbe an jedem Gruppenabend zum Preise von 15 Pfennig bei uns erhalten. Also auf zu den Taten. Herunter mit der alten Schlafmütze und her zu uns.
Unser Gruppenabend findet jeden Montag von 20 bis 22 Uhr statt und zwar in Gasthaus „Wurzelschütte“, Humboldtstraße 6.

Landesverband Rheinland

Pfennig-Sammlung für das Samariter-Werk in Volkerthausen.
Bis jetzt sind eingegangen und nach Volkerthausen abgeliefert worden: Ortsgruppe Köln-Mühlheim, 17.—; Höngen b. Aachen, 10.—; Köln Debr., 4.50; Math. 5. Hamborn, 3.40; St. Sebastian, 2.—; Peter F. St. Tünis, 2.—; Peter F. Trier, 1.50; Köln Deutz, 1.60; Aachen, 1.—; Engers a. Rh., 1.—; Benrath, 1.—; Offemanshöhe, 1.—; Heinrich P. Duisburg-Meiderich, 1.—; insgesamt 47.—.
Vielen Dank allen Sammlern und Spendern. Sammelt weiter und überweist die Gelder auf das Postcheckkonto 64 704 Amt Köln, Peter Heinrich Huppertz, Köln-Mühlheim. Willt in jeder Ortsgruppe einen Samariter-Helfer und eine Helferin, die die Sammlung der Pfennige ausführen und wenn Alle, vom rechten Samaritergeist durchdrungen, mitwirken, werden wir bestimmt, mit Gottes-Hilfe, das Samariter-Werk über diese trostlose Zeit hinwegbringen in eine bessere Zukunft.

Stadterverband Gladbach-Rheydt. Am Freitag den 22. Mai abends 8 Uhr findet im Lokale Claßen (Ecke Pescher- und Sophienstraße) eine Mitgliederversammlung statt. Alle müssen unbedingt erscheinen. Freunde und Bekannte mitbringen. Freund Klippers wird über die kommenden kommunalpolitischen Fragen sprechen.
Der Vorstand.

Güterloh. Nachdem am 18. April in Anwesenheit des Landesverbandsvorsitzenden, Freund Kleffmann, hier eine Ortsgruppe gegründet wurde, fand am 1. Mai erneut eine Mitgliederversammlung im Dalkekrug statt. Zunächst erklärten 3 Freunde ihren Beitritt als ordentliche Mitglieder. Um der Ortsgruppe ein festes Fundament zu geben, wurde ein Vorstand gewählt und ging Freund Arnold Berens als Vorsitzender, Heinrich Pollmeyer als Schriftführer und Alfons Hellenbeck als Kassierer aus der Wahl hervor. Alsdann wurde die Beitragsfrage besprochen und eine lebhafte Diskussion aus dem Inhalt des Parteiprogramms „Das Neue Volk“ ließ die Zeit rasch verstreichen. Die nächste Versammlung soll wieder mit einem Vortrag verbunden sein, wozu auch Freunde aus der Umgebung eingeladen werden sollen. Mit der Bitte, neue Leser und Gesinnungsfreunde zu werben, schloß der Vorsitzende gegen 1/12 Uhr die Versammlung.
Heinrich Pollmeyer.

Wuppertal. Unsere Versammlung am 14. 5. 31. fällt wegen des Christi-Himmelfahrtstages aus, dafür findet unsere Monatsversammlung des Stadtverbandes am Donnerstag, den 21. 5. 31, abends 8 Uhr im Lokale Lichte, Barmen, Bismarckstr. 79 statt. Es findet ein Vortrag über unsere politische Lage und Besprechung über den Kommunalrat statt. Freunde, seid alle zur Stelle, und helfen wir unsere Bewegung weiter fortzuführen.

Landesverband Westfalen

Schwelm. Für unsere Frauengruppe: Es ist gelungen, daß unsere Frauen und Mädchen die Arbeitsabende wieder aufnehmen können und zwar in dem neuen Berufsschulgebäude (früher Lyzeum), jeden Mittwoch von 1/8 bis 1/10 Uhr, nicht länger. Bitte, da pünktlich zu sein. Dann soll die Frauengruppe aber auch nicht vergessen, daß sie noch andere Ziele hat, geistige Ziele. Die Arbeit soll nicht allein in Strümpfstopfen, Flecken und Nähen bestehen, sondern auch sie muß sich unser großes Ziel vor Augen halten. Da die Gruppe ja noch kein festes Vorstand hat (es ist ja bis jetzt nur ein Provisorium), so möchte ich bitten, daß am Mittwoch, den 27. Mai, der Arbeitsabend als ein Versammlungsabend gehalten wird und hier die Gruppe das richtige Fundament erhält. Frau Wegener aus Dortmund wird an dem betreffenden Abend anwesend sein. Bitte werben! P. S.

Landesverband Saargebiet

Wemmesweiler (Saar). Am Sonntag, den 17. Mai, nach dem Hochamt, Vorstandssitzung bei Konrad Schlieker. L. A.: Keßler.

Eus Kreis und Kommune

Große Unterschlagungen in der Kreiswirtschaftsstelle Saarlouis.

Verluste von 1 Million Frank. — Angestellter fristlos entlassen. Seit 1929 kein Bücher geführt.

Die Bevölkerung des Kreises Saarlouis hat seit dem Kriege schon erhebliche Schwierigkeiten erleben müssen in ihrer Kreisverwaltung. Diese Schwierigkeiten kosteten den Kreis, bezw. den Arbeitern und Bauern des Kreises einen ganzen Haufen Geld. Es kam zunächst die Kreisverwaltung vor einigen Jahren mit ihren Unterschlagungen, Betrügereien und Schleichungen in die Öffentlichkeit und die ganze Bevölkerung hielt den Atem an, was sich noch alles herauskam. Ende 1929, nach 12 Monaten entsetzte die Verwaltung hier oder dort einen Beamten, und das Gerücht nahm sich der Sache an und verurteilte die Betroffenen, mit verschiedenen Strafen, die nach unserer Meinung zu gering waren. Damals wurde von einem Verantwortlichen noch ein paar Tage vorher erklärt, bei der Sparkasse ist alles in bester Ordnung. In den 48 Stunden nach der Erklärung flüsterte man schon von durchgegangenen nach Nizza und sonderbar tausend Franken mitgenommen usw. Doch das hat sich zum Staunen aller, sehr bald vergessen und siehe es kommt schon die zweite Überraschung und das war die überall bekannte Krawall. Auch dort hat man von verschiedenen Seiten hin und her gedrückt um nur ja zu sorgen, daß die Bevölkerung nichts oder nicht alles erfährt, und es kam so wie vermutet wurde, und es war schnell vergessen. Darin hat unsere Kreisverwaltung besonders großes Können. Doch damit nicht genug, die Steuergroschen der Kreisbüchereien sind noch nicht verpulvert und man hört und schreibt schon in Zeitungen über eine Million Defizit in der Kreiswirtschaftsstelle. Über den wirklichen Verlust kann erst nach der genauen Untersuchung berichtet werden, d. h. wenn es noch möglich ist, etwas festzustellen. Denn wie man hört, sollen keine Bücher geführt worden sein seit 1929. Und wo etwas geschrieben stand, ist es schnell verschunden. Das ist ja immer so. Wie lange die Arbeiter und Bauern dieses noch mitmachen, ist die nächste Frage, die von ihnen in aller Kürze entschieden werden muß. Der Vorstand der Arbeiter- und Bauernpartei des Kreises Saarlouis wird von Dillingen aus schon das Nötige tun, daß die Steuerzahler nicht geschädigt werden. Dillingen bezahlt über 40% aller Kreissteuern und hat deshalb auch das größte Interesse an der ordnungsmäßigen Verwaltung ihrer Gelder. Wie verlautet, will die Kreisverwaltung die Kreisumlagen von 35 auf 40% erhöhen, wie dies begründet wird, kann man gespannt sein, zumal der Kreisrat bis jetzt noch nicht den Vertretern der Arbeiter- und Bauernpartei in den vergangenen Jahren, so wird ungefähr im Oktober- November

Danksagung.

Ich spreche den Schwestern des Barnherzigen Samaritanen in Hesselthal meinen herzlichsten Dank aus, für das, was sie an meiner Frau getan haben. Diese war krank, ging den ganzen vorigen Sommer zu den Ärzten, es wurde aber nicht besser. Die Ratschläge der Schwestern und deren Hilfe und Pflege zu einer neuen Lebensführung haben meine Frau wieder gesund gemacht. Freunde im Spessart, in Hesselthal, Neudorf etc. helft den Schwestern, denn ihr wisst gar nicht, was ihr an ihnen habt.
Josef Elzer.
Vom Samariter.
Die Postchecknummer des „Samariter“ ist 19 450, Karlsruhe, und nicht 19 340, wie irrtümlicherweise im „N. V.“ angegeben.

DAS PROGRAMM

der Arbeiter- und Bauernpartei Deutschlands
sowden erschienen. Preis 0,20 RM.
Zu beziehen von allen Vertrauensleuten oder direkt vom Verlag gegen Einsendung des Betrages mit 5 Pfg. Porto für das Einzel Exemplar.
Verlag „Das Neue Volk“, Würzburg, Karthause Ha.

herum, der die Beratung fertig sein. Dann gibt es eine Kreisversammlung und vielleicht noch eine Nachsitzung und fertig ist die Geschichte und der Herr Landrat hat ein Jahr wieder Ruhe, d. h., es kommt keine Kreisversammlung mehr, bis nächstes Jahr. Es ist doch fast unglücklich, daß ein Freitag in 1932 zusammenfällt, wie es hier passiert ist. Doch bei der heutigen Mehrheit ist das schon verständlich und die Verantwortung fällt auf dies zurück. Aber auch der Landrat wird sich noch wundern, wenn er glaubt, mit einer „Richtigstellung“ wären alle die Verluste und Schleichungen aus der Welt geschafft. Der Landrat schreibt, 800 000 Fr. seien der nodelenden Landwirtschaft für Kreditverbilligung oder Kreditbeschaffung für Zinsen zugeflossen. Denn die Landwirtschaft hätte genauso das Recht wie die Arbeiterschaft. Der Kreis würde zur Verbilligung der Arbeitertransportkarten einen Zuschuß von 700 000 Franken geben, wenn der Kreis gibt die 800 000 Fr. (ein richtiger Arbeiter-Landrat?). Aber, Herr Landrat, von den vielen Preisfahrern der Nicht-Arbeiter haben Sie noch nichts gesagt, bitte tun Sie das auch mal, sonst müssen wir es tun, und sagen, wie viele Zehntausend dorthin wandern. Also, Herr Landrat, Sie haben das Wort Ein Zusammenwerfen der Kreiswirtschaftsstelle mit den Arbeiterkarten geht nicht an, denn 700 000 Franken für die Arbeiterkarten zu verbilligen, und von der Vertretung beschlossen worden, ob das bei den Verlusten der Kreiswirtschaftsstelle ausreicht, ist uns nicht bekannt. Doch wir wollen die Prüfung des Geschäftsverkehrs abwarten, ehe wir weiter dazu Stellung nehmen, auch wird die nächste Kreisversammlung darüber noch ein Wort reden, denn so kann die Schlampe in verschiedenen Stellen nicht weitergehen, dafür ist die Not im Kreise zu groß um immer nur von den Steuergroschen der Arbeiter und Bauern die Nachlässigkeiten Anderer zu bezahlen. Arbeiter und Bauern, die Parole lautet für euch: Zusammenschluß in der Arbeiter- und Bauernpartei, um eine geschlossene Front zu bilden, gegen alle, die aus Eueren Schwelmen und Euerer Arbeit allein den Nutzen ziehen wollen.
p. l.

Rechtsschutzzecke.

Lebensversicherungen.
Nicht von der Notwendigkeit von Lebensversicherungen soll hier die Rede sein, sondern von den Möglichkeiten bei Notständen in den Prämienzahlung:
Was kannst Du tun, wenn Du seitweise oder überhaupt nicht mehr in der Lage bist, die Prämien zu zahlen?
1. Du kannst schriftlich bei der Direktion (nicht etwa beim Einsammler) um Stundung auf einige Monate ersuchen. 2. Du kannst, nach 2-5 Jahren, um ein Darlehen bitten, das verzinst werden, aber nicht zurückbezahlt werden muß. Vielmehr wird der Betrag s. Zt. an der Versicherungssumme gekürzt. 3. Du kannst ein Darlehen mit bestimmten Restentgelten erbitten. Diese 3 Fälle kommen in Betracht bei vorübergehender Zahlungsunfähigkeit. 4. Du kannst eine prämienfreie Versicherung beantragen.
Die Prämienzahlung hört dann auf. Aber beim Tode oder im Erlebensfalle wird statt der versicherten Summe nur ein Betrag bezahlt der etwa den bezahlten Prämien entspricht.
5. Du kannst den Rückkauf oder die Auflösung beantragen. Meist ist hierfür eine Karenzzeit (bestimmte Mindestdauer) festgesetzt. In diesem Falle hört der Versicherungsvertrag auf. Du erhältst etwa 60-70 Prozent der einbezahlten Prämien zurückerstattet. E. F.

WER WEISS EINE STELLE?

Gesinnungsfreund, Kraftfahrer, unverheiratet, ein nüchternen und sicherer Fahrer, besitzt Führerschein 2 und 3b.

SUCHT STELLE

Ort ist gleich. Zuschriften unter 150 an den Verlag DAS NEUE VOLK.

Der Fünfjahresplan Rußlands

in seinem ganzen Aufbau und Durchführung. broch. RM. 3.80; in Leinen RM. 5.—
Vier von der Infanterie RM. 2.50
Im Westen nichts Neues „ 4.—
Christus und das menschliche Leben „ 2.—
Ing. Karl Wernegg: Das Arbeitsrecht „ 1.20
Armenien 1915 „ 1.—
Pater Ohlmeier: Nie und nimmer Krieg „ 1.—
Vom Ringen einer Priesterseele „ 1.20
Die blutige Internationale „ 1.50
Vom Ringen einer Priesterseele „ 1.—
Zu beziehen durch:
Verlag „Das Neue Volk“, Würzburg.

APSALA

Das neue, die Gesundheit fördernde Naturgetränk!
Invergorener Apfel-Süßmost mit Kohlensäure.

Sektähnlicher Geschmack

Versuch überrascht! Hervorragende Gutachten.
General-Depot: Richard Schubert, Würzburg, Stephanstr. 1, Telefon 4606

Würzburger Straßenbahnen

Sommer-Fahrplan

(Gültig ab 15. Mai 1931)

Linie 1

Sanderau — Hauptbahnhof — Grombühl.

Werktags:
Abfahrt von der Frühlingsstrasse
von 6.00 bis 6.49 alle 10 Min.
6.40 20.29 5
20.29 23.49 10

Sonn- und Feiertags:
Abfahrt von der Frühlingsstrasse
von 6.29 bis 8.19 alle 10 Min.
8.19 21.54 5
21.54 23.54 10

Abfahrt vom Luitpoldkrankenhaus
von 6.26 bis 7.18 alle 10 Min.
7.28 20.58 5
20.58 0.08 10

Abfahrt vom Luitpoldkrankenhaus
von 6.48 bis 8.48 alle 10 Min.
8.48 22.18 5
22.18 0.18 10

Linie 2

Juliussspital — Zellerau.

Werktags:
Abfahrt vom Juliussspital
von 6.59 bis 20.14 alle 7 1/2 M. k.k. Hartmannstr.
20.14 23.14 10
6.59 20.14 15 bis Bürgerleis
20.14 23.14 30

Sonn- und Feiertags:
Abfahrt vom Juliussspital
von 7.09 bis 23.19 alle 10 Min.
in Bürgerleis

Abfahrt zur Stadt
von 7.08 bis 20.31 alle 7 1/2 M. ab Hartmannstr.
20.31 23.31 10
7.13 20.28 15 ab Bürgerleis
20.28 23.28 30

Abfahrt zur Stadt
von 7.25 bis 23.35 alle 10 Min.
ab Bürgerleis
Bei besonderen Veranstaltungen verstärkter Betrieb

Linie 3

Hauptbahnhof — Sanderring — Steinbachtal — Heidingsfeld

Werktags:
Abfahrt vom Hauptbahnhof
von 6.37 b. 23.37 alle 15 M. b. Heidingsf.
Abfahrt von Heidingsfeld
von 6.15 b. 24.00 alle 15 M. b. Hauptbhf.

Sonn- und Feiertags:
Abfahrt vom Hauptbahnhof
von 6.37 b. 23.37 alle 15 M. b. Heidingsf.
Abfahrt von Heidingsfeld
von 6.15 b. 24.00 alle 15 M. b. Hauptbhf.

Linie 4

Hauptbhf. — Juliussspital — Sanderring — Steinbachtal.

Werktags:
Abfahrt vom Juliussspital
v. 10.02 b. 19.47 alle 15 M. b. Steinbacht.
Abfahrt vom Steinbachtal
v. 10.15 b. 20.00 alle 15 M. b. Juliussspital

Sonn- und Feiertags:
Abfahrt vom Hauptbahnhof
v. 10.30 b. 20.15 alle 15 M. b. Steinbacht.
Abfahrt vom Steinbachtal
v. 10.15 b. 20.45 alle 15 M. bis Hauptbhf.

Die letzten 3 Wagen ab Heidingsfeld fahren nur bis Sanderring und setzen dann zum Betriebsbahnhof um.

Direktion der Neuen Würzburger Straßenbahnen
Gesellschaft mit beschränkter Haftung.



MAIRUMMEL

mit den billigsten Preisen

Für die Dame:

- Solide braune u. schwarze Lack- u. feinfarb. Spangenschuhe mit fecher Garnitur, L. XV.- und Trotteur-Absatz von **2.95**
- Feuerige Lack- und modelfarbige Spangenschuhe mit Mahagoni-Kombination, ein Laufschnh für die eleg. Dame von **5.90**
- Elegante, feinfarbige u. braune echte Rindbox - Spangenschuhe schicke Form, helles, glattes Lederfutter von **6.90**

Für den Herrn:

- Braune u. schwarze Rindbox-Herrenhalbschuhe halbrunde Form mit weißgenähtem Rand von **6.90**
- Schwarze Rindbox - Herrenhalbschuhe elegante spitzrunde Form von **7.90**
- la. braune u. schwarze Boxkalf- u. Lack - Herrenhalbschuhe Originalrahmenarbeit, eleg. immer moderner Schnitt, verschiedene Ausführung von **9.90**

Für Kinder:

- Schwarze, braune u. lackbos. Kinderstiefel mit farbigen Einsatz von **3.50**
- Reizende schwarze, braune u. Lack-spangenschuhe von **4.95**

Günstigste Kaufgelegenheit für Pfingsten.

ALTSCHÜLER

Würzburg, Kaiserstraße 17.

Rheumatismus?

Ischias, Gicht, (Hüftengicht), Lenden-, Nerven- und Gelenkrheumatismus.

Alle diese Schmerzen beseitigt
unvergleichlich schnell unser unschädliches, ärztlich geprüftes Spezialpräparat. Tausende Anerkennungen liegen vor.

Wollen Sie gesund werden,
dann machen Sie sofort einen Versuch. Auch Sie werden uns danken.

Ihre Krankheit mag noch so hartnäckig sein,
Sie werden bestimmt Linderung verspüren.

Unser Spezialpräparat hat selbst älteren Leuten über 60 Jahren geholfen und vollständige Heilung gebracht.
(Best.: Aspirin, Ac. phenyl. chin. Calc. glycer. phosph. natr. glaucon. lod.)
Herr Karl Schröder, Kl. Madewegs bei Schwerin schreibt:
„Ich möchte Ihnen die Mitteilung machen, daß mir Ihr Präparat vorzüglich geholfen hat. Ich habe schon sehr viele Präparate angewandt, aber nichts hat mir besser geholfen. Seit einem Jahre habe ich mich geehrt, ich konnte nicht mehr gehen. Aber seit ich Ihr Präparat nehme, fühle ich, daß es besser geworden ist. Meine Schmerzen haben gleich nachgelassen, nachdem ich die erste Packung genommen hatte . . .“

Warten Sie keinen Tag länger; machen Sie sofort einen Versuch.

Ärztliche Literatur gratis!
Versand des Präparates (Preis Mk. 5.50) gegen Nachnahme oder Vorsendung durch die Versand-Apothek.

F. FRIEDMANN, Rheuma-Bad, AACHEN (F 367) Marscampstr. 51

Koks!

Unsere Sommerpreise:

- Grobkoks ab Werk M. 1.80 frei Keller M. 2.10
- Nußkoks " " M. 1.— " " M. 1.30
- Perlkoks " " M. 0.70 " " M. 1.—

Heizwert 6870 Kalorien.

Baustein-Werk
G. m. b. H.
Würzburg 7 Telefon 5487.

NOCH NIE SO BILLIG

weil
direkt aus der Fabrikation zum Verbraucher:

- Herrn-Anzüge, solide Qualitäten RM. 39.- 49.-
- la. Kammer RM. 59.- 69.- 79.-
- Herrn-Hosen RM. 7.- 11.- 15.- 19.-
- Windjacken RM. 11.- 14.- 17.-

Malerwaren ebenfalls billigst, Muster auf Wunsch! Zahlungsvereicherungen

REFORMBEKLEIDUNG KROZINGEN

Ihr neuer Sommerhut
billig, bunt

Kinderwagen Klappwagen
reichste Auswahl.
Reparaturen aller Art rasch und fachmännisch.
M. Klügeln
Dreikronenstraße 15 (Museumstr.)
Telephon 73308.

Oskar Hofmann
Würzburg
Kolnerstraße 9.

Schreibmaschinen
neu und gebraucht
speziell:
Adler und Continental
Wochenraten von 5 Mk. ab
Christian Schmitt
Würzburg
Kaiserstraße 12.

Rasierklingen
„Ulwetz Extra“, la. Qual.
Aus bestem Kruppstahl.
100 Stck. RM. 5.—, 50 Stck. RM. 2.75.
Nachnahme 30 Pfg. mehr.
Rasierklingen-Versand
J. Anzer, Pasing (Obb.)

Die „Junge Tat“ gehört in die Hand jedes jungen Menschen. Bestellt bei der Geschäftsstelle der „Jungen Tat“, Würzburg, Karthause 11a.

Gute Ware!

Billiger Preis!

- Tafel-Margarine la. Pfd. Wk. 40.-
- Tafel-Margarine „Prima“ Pfd. Wk. 50.-
- Schmelz-Margarine la. Pfd. 60.-
- Rotwurst geräuchert la. 1/2 Pfd. 25.-
- Bierwurst in Dosen 1/2 Pfd. 30.-
- Holst. Cervelat u. Salami 1/2 Pfd. 35.-
- Schlackwurst (ohne Zerklet in Fettsäure) 1/2 Pfd. 45.-
- Matjesheringe fein u. zart Stck. 15.-

5% Rückvergütung

Kunisch & Co

Filialen in Würzburg und auswärts

Gute blaue Anzugstoffe

reinwollene Aachener Kammergarnware 150 cm breit
per m RM. 8.25 10.— 11.50 13.— 14.—
oder 3,10 m Stoff mit guten Zusätzen
RM. 33.— 42.— 49.— 55.—

Sportanzugstoffe

reine Wolle m RM. 8.75

Fertige Tiroler-Trachten

Kniekerpöcker - Hosen, Windjacken, Sportstrümpfe, Damenkleiderstoffe, Seide, K'Seide, Mousseline etc.

Gebr. Molitor, Heinestraße 4
Grüne Rabatmarken.

Freunde!

Kauft nur in den Geschäften, die im „Neuen Volk“ inserieren, beruft Euch bei jedem Einkauf auf das Inserat



Wäschmangel

bei kleiner Kapitalanlage best. Result, Verzinsung und Lebensdauer. Angenehme Zahlungsweise, Druckkosten - Schuldverrichtungen - Gelegenheitskäufe, Listen gratis.
Deutschlands bestmündigste Mangelabrik
Ernst Herrschuh
Stegener-Chemiefabrik (200)

Wer nie inseriert Geld verliert

Mitarbeiter

Wir brauchen in jedem Ort aktive Mitarbeiter. Wer für uns eine Vertrauensstellung erwerben will, wer durch Inseratenwerbung für „DAS NEUE VOLK“ sich Nebenverdienst sichern will, der wende sich an uns.

Verlag „DAS NEUE VOLK“
Würzburg — Karthause 11a.

Werbt für „Das neue Volk“!